



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

General-Anzeiger der Stadt Mannheim und Umgebung. 1886-1916 1913

28 (17.1.1913) Abendblatt

[urn:nbn:de:bsz:mh40-156949](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-156949)

Abonnement: 70 Pfg. monatlich, Bringerlohn 30 Pfg., durch die Post inkl. Postaufschlag Mk. 3.42 pro Quartal. Einzel-Nr. 5 Pfg. Inserate: Kolonial-Seite 30 Pfg. Reklame-Seite 1.20 Mk.

General-Anzeiger



der Stadt Mannheim und Umgebung

Telegraph-Adresse: „General-Anzeiger Mannheim“
Leserbonnummern:
Direktion und Buchhaltung 1449
Buchdruck-Abteilung 547
Redaktion 577
Expedit. u. Verlagsbuchhdlg. 218

Badische Neueste Nachrichten

Täglich 2 Ausgaben (außer Sonntag) Gelesenste und verbreitetste Zeitung in Mannheim und Umgebung Eigenes Redaktionsbureau in Berlin
Schluß der Inseraten-Aannahme für das Mitagsblatt morgens 9 Uhr, für das Abendblatt nachmittags 3 Uhr

Beilagen: Amtliches Verkündigungsblatt für den Amtsbezirk Mannheim; Handels- und Industrie-Zeitung für Südwestdeutschland; Beilage für Literatur und Wissenschaft; Unterhaltungsblatt; Beilage für Land- und Hauswirtschaft; Mannheimer Schachzeitung; Sport-Revue; Wandern und Reisen und Winterport; Mode-Beilage; Frauen-Blatt.

Nr. 28.

Mannheim, Freitag, 7. Januar 1913.

(Abendblatt.)

Die heutige Abendausgabe umfaßt 12 Seiten.

Krisengerede und Jubeljahre.

Berlin, 15. Jan.

(Von einem Berliner Mitarbeiter.)

Hier und da erzählt man sich: Herr von Heeringen, der preussische und in gewissem Sinne auch der Reichskriegsminister wolle gehen Innerlich unwohlisch wäre das nicht. Denn wenn ein Kriegsminister Verstärkungen, die er anfänglich empfindlich als unnötig zurückgewiesen hat, ein knappes Jahr später fordert, so ist das eigentlich kein Umstand, der seine Position zu kräftigen beizubehalten. Ganz abgesehen davon, daß es in eminentem Sinne unstaatsmännisch ist, Heeresverstärkungen und Steuererhöhungen, wie man in Oesterreich sagt, „herzweilt“, Jahr um Jahr zu verlangen. Aber auch an dem Hochmann, der so sich irrt, hat man nachgerade Anlaß zu zweifeln. Denn einmal muß er doch Unrecht gehabt haben oder noch haben: im vorigen Jahre oder heuer. Indes: so sein besaßet sind im allgemeinen die preussisch-deutschen Minister nicht und von dem Menschenrecht der Entwicklung und des Fortschritts machen sie, sofern nämlich solches höheren Dinges gewollt wird, gern Gebrauch. Wie Herr Henze sich von den Reichen der Reichsvermögenssteuer hat überzeugen lassen, so wird umschwer wohl auch Herr v. Heeringen zu überzeugen sein und wenn man ihn an den Widerspruch zwischen einst und jetzt erinnert, wird er vermutlich mit dem Balsambrot und der veränderten Weltlage argumentieren. Vielleicht, wenn das Glück gut ist, weiß der Herr Minister dann noch darauf hin, daß wie ja in der Zwischenzeit durch den Zusammenbruch der befreundeten Türkei eines bisherigen Stützpunktes beraubt wurden. Daß wir durch unseren Beitritt zu der sogenannten Aktion der Mächte des sogenannten alten Kreises soeben den Onabrisch verstanden, braucht Herrn v. Heeringen als für den Gang der auswärtigen Geschäfte nicht Verantwortlichen ja nicht weiter zu genieren. Und so werden wir, wenn der Nachtragsekt kommt, den Herrn Kriegsminister wohl nach wie vor an seinem Platze sehen. Gefährlicher könnte ihm, wenn das Zentrum auf seinem Schein besteht, die Duellfrage werden. Denn hier liegt ein bestimmtes Ergebnis des Ministers vor: Herr v. Heeringen hat sein Wort verstanden und wenn

der allerhöchste Kriegsherr das ihm einzulösen nicht gestattet, so hat er als Mann von Charakter von rechts wegen die Konsequenzen zu ziehen. Dennoch wird wohl auch dies Süppchen so heiß nicht gegessen werden. Man muß sich immer gegenwärtig halten, daß die zweite Wilhelminische Epoche der Ausbildung von Charakteren nicht eben günstig ist. Umsoweniger günstig, je näher sich die Einzelnen dem Zentralsonnenstern befinden. Humal dieses Heilsjahr, das — nicht nur in Erinnerung an die Not und die Erhebung vor hundert Jahren — und zum Jubeljahr werden soll, wird der Stählung von Charakteren kaum frommen. Im Juni, wenn das Gedächtnis des Regierungsantritts Wilhelms des Zweiten sich zum 25. Male ermah, soll es, wie Kundige versichern, 14 Tage lang vom Himmel, oder, was für manche Leute schon dasselbe ist, vom Berliner Schloß oder Potsdamer Neuen Palais Orden und Ehrenzeichen regnen und all s, was einen stehenden Schmerz in der linken Brustseite verspürt, oder sich nach Tütelerschöpfung sehnt, lebt schon jetzt — man sollte es nicht glauben, aber es ist höchstwahrscheinlich so — nur im Zustand fieberhafter Erwartung. Das ist der hohe Gesichtspunkt, den vorläufig alles andere untergeordnet wird. Man weiß, wie sehr der Kaiser an den Gelegenheiten hängt, die ihm die Wohlthätigkeit gewähren, den ganzen stolzen Kaiserpomp zu entfalten. Wie sehr er, der die Macht der Symbole und des Symbolischen schätzt — vielleicht sogar überschätzt — sich mit den Attributen sichbarlicher Herrlichkeit zu umgeben liebt. Und der Kaiser, gegen Leute, die es wissen wollten, ist seit geraumer Zeit dauernd schlecht gelaunt und für die Umgebung schwer zu behandeln. Es ist zu bezweifeln, daß diese dem Kaiser die Jubelfeier auf die, was bei ihm selber psychologisch durchaus verständlich ist, er sich freut, nicht noch mehr zu trüben wünscht; daß sie vielmehr alles aus dem Wege zu räumen sucht, was irgendwie den Monarchen zu irritieren vermöchte. Die Jubelreden haben und die Zeit, da es Orden und Ehrenzeichen regnen soll. Und deshalb wird es vorher schwerlich eine Krise geben. Weder im Kriegsministerium noch an jener anderen Stelle, die in der preussisch-deutschen Beamtenenschaft die höchste ist. Demnach aber, nach all dem prangendem Sonnenschein, kann doch ein Gewitter kommen. Wie ein fernes finsternes Wölflchen erscheint schon heute die Besichtigter am Firmament.

Trotz des kürzlich erfolgten offiziellen Dementis hält das „Berl. Ztbl.“ die Nachricht aufrecht, daß Herr von Heeringen demnächst seinen

Posten als Kriegsminister verlassen werde, und will an gutinformierter Stelle sogar schon erfahren haben, daß der 1911 zum Inspektor der preussischen Feldartillerie ernannte General von Gailitz zum Nachfolger ernannt sei. General v. Gailitz, der im 61. Lebensjahre steht, hat lange Zeit im Kriegsministerium gearbeitet und auch im Reichstage den Kriegsminister wiederholt vertreten.

Politische Uebersicht.

Mannheim, 17. Januar 1913

Der Streit der Aerzte und der Frankenkassen.

Wie haben im Mitagsblatt eine Erklärung der vereinigten Krankenkassenverbände wieder, in der behauptet wurde, daß der Leipziger Aerzteverband die Schuld an dem Scheitern der Vermittlungsvorläufe des Reichsamts des Innern zwischen den Aerzten und den Krankenkassen trage. Jetzt veröffentlicht der Leipziger Aerzteverband eine Entgegnung, in der es heißt: Der vom Reichsamt des Innern gemachte Versuch einer Verständigung zwischen den großen Organisationen der Krankenkassen und der Aerzte ist nicht, wie vielfach behauptet wird, daran gescheitert, daß der Leipziger Aerzteverband unerfüllbare Forderungen gestellt hat. Dieser Verband hatte im Preussischen Ministerium ausdrücklich seine Bereitwilligkeit zu Verhandlungen mit den Krankenkassenverbänden erklärt und demzufolge hatte das Reichsamt des Innern einen Entgegenschwur aufgestellt, der eine Verständigung nur zwischen Preussischem Aerzteverband und Leipziger Aerzteverband einerseits und den Verbänden der Orts-, Betriebs- und Innungskassen andererseits vorsah. Nachträglich verlangten aber die vereinigten Kassenverbände noch die Hinzuziehung des sogenannten Reichsverbandes Deutscher Aerzte, und den mußten die beiden Aerzteorganisationen allerdings ablehnen, weil er schon allein wegen seiner verschwindenden Mitgliederzahl, die gesamtlich gesehen gehalten wird und noch nicht einmal 100 Personen dürfte, nicht als berufene Vertretung der Deutschen Aerzteschaft anerkannt werden kann. Ferner teilt der Verband mit, daß über den fassenärztlichen Dienst bei den neuerrichteten Krankenkassen für Unterbeamte der Reichspost- und Telegraphenverwaltung zwischen Reichspostamt und ärztlicher Organisation, d. h. dem Deutschen Aerzteverband und Leipziger Aerzteverband Vereinbarungen getroffen worden sind, deren Vollzug das Reichspostamt den Krankenkassen

empfehlen; die Honorarberechnung entspreche billigen Erwartungen, im übrigen sei jedem arbeitsbereiten Arzt die Tätigkeit für die Kassen ermdlich, so daß die Aerzte hier nicht wie sonst Klage darüber zu führen hätten, daß die freie Berufsausübung durch die Krankenkassenorganisation beeinträchtigt werde. Die Kassen würden ihren Betrieb voraussichtlich im März eröffnen.

Die Nationalliberale Partei und die Arbeiter.

Zur Einleitung einer planmäßigen Verberbeit in den Arbeiterkreisen hielten die Kreisorganisationen der Nationalliberalen Partei der beiden Reichstagswahlkreise Remscheid-Benney-Metmann und Solingen in der Stadthalle in Elberfeld eine gutbesuchte Vertreterversammlung ab. Einleitend stellte der Vorsitzende, Herr Walter Paff-Remscheid, in einem Rückblick auf das letzte Jahr fest, daß die Partei in den beiden Kreisen recht erfreuliche Fortschritte gemacht habe. Der Redner wies dann hin auf die Notwendigkeit, die Arbeitererschaft zurückzugewinnen für den Liberalismus. Wasserhoffmann habe mit Recht gesagt, daß an dem Problem der 4-Millionen-Partei auch die Nationalliberale Partei nicht vorbeigehen könne. Ähnlich wie die Fortschrittliche Partei müsse man unter Umständen auch nationalliberale Arbeitervereine gründen oder die Arbeiter für die ordentliche Parteiorganisation gewinnen, wie es in Duisburg schon mit gutem Erfolge geschehen sei. Der Generalsekretär Peier hielt dann einen mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrag über die Nationalliberale Partei und die Arbeiter. Die Nationalliberale Partei habe, so führte er u. a. aus, im Gegensatz zu den anderen Parteien bisher wenig um die Gunst der Massen gearbeitet. Als Mittelpartei habe sie weder einseitig nach unten noch nach oben geblickt, in stiller Arbeit, auf äußere Effekte nicht achtend, habe sie aber immer für den sozialen Gedanken gearbeitet. Und diese Arbeit sei auch erfolgreich gewesen, denn sicher würden viele unserer sozialen Gesetze ohne die Mitwirkung der Nationalliberalen Partei überhaupt nicht zustande gekommen sein. Die Partei müsse sich vergegenwärtigen, daß wir uns im Jahrhundert der Organisation auf allen Gebieten befinden und daß es daher ihre Aufgabe sei, den Organisationsgedanken in der emporkommenden Arbeiterschaft in die richtigen Bahnen zu lenken. Die alten Arbeitervereine und die Gewerkschaften hätten sich immer mehr zu reinen Kampfgewerkschaften entwickelt. Aufgabe der Nationalliberalen sei es nun, die Kräfte des Kultur- und Staatslebens

Seuilleton.

Präsidentenwahl in Frankreich.

Von Marcel Gollé (Paris).
Am 18. Februar d. J. wird der erste Bürger des französischen Staates, Monsieur Armand Fallières, nach Ablauf des gesetzlich festgesetzten Septennats den Elyseepalast verlassen. Der Präsident, der bekanntlich hochbetagt ist, hat zu wiederholten Malen versichert, daß er nicht daran denke, aus neue zu kandidieren. — „Bapa Fallières“ (wie ihn der Volksmund zu nennen pflegt) zieht sich also ins Privatleben zurück, und die Republik wird binnen kurzem einen anderen offiziellen Repräsentanten erhalten. Im Gegensatz zu den bedeutenden Nachbegründern, die den Präsidenten anderer Republiken, speziell in den amerikanischen Staaten, zuleten, sind dem Oberhaupt des französischen Staates fast nur repräsentative Pflichten anvertraut, während die wirkliche politische Macht in den Händen der Minister und der Kammer ruht. Bei darum auch die Wahl des Präsidenten hierzulande nicht entfernt jene Bedeutung, die ihr z. B. in den Vereinigten Staaten beizupflichten ist, so mag sie doch als wichtiger Staatsakt auch im Auslande interessieren. Das ferneren Wannen aus dem Ergebnis der Wahl immerhin gewisse Schlüsse auf die Orientierung der französischen Politik gezogen werden. Was die diesmalige Kandidatur anbetrifft, so wird sich in Deutschland wohl kaum jemand den Kopf über die Aussichten des kommenden Mannes zerbrechen; denn einmal verbietet in Frankreich die Tradition eine öffentliche Wahlkampagne, wie sie z. B. in Nordamerika üblich ist, und zweitens sind die Franzosen selbst noch vor seiner Wahl so im unklaren über einen „auslichtvollsten“ Kandidaten gewesen, wie jetzt. Am Abend des 17. oder spätestens 18. Januar wird man den Erwählten kennen. In der Tat schreibt der Artikel 3 der Konstitution vom Jahre 1870 vor, daß die Wahlhandlung mindestens einen Monat vor dem Datum stattfinden, an dem das Septennat sein Ende nimmt. Am festgesetzten Tage vereinigen sich Senat und Deputiertenkammer zum „Kongress von Versailles“, dem nach der Verfassung das alleinige Recht zusteht, das Oberhaupt des Staates durch einfache Stimmenmehrheit zu bestimmen. Der Nachfolger Fallières wird der neunte Präsident der Dritten Republik sein und der Neunte seit Erlaß der Konstitution. Die beiden ersten Präsidenten, Thiers und der Marischall Mac Mahon, wurden von der Nationalversammlung ernannt. Ihren Amtsinhabern Jules Grévy, der nach Ablauf seiner Amtsfrist eine Wiederwahl annahm. Der vierte Präsident, Sadi Carnot, wurde in Lyon von dem italienischen Anarchisten Caserio ermordet. Sein Nachfolger, Cochin-Perrier, verließ den Elyseepalast nach wenigen Monaten der Präsidentschaft und nahm aus

politischen Gründen seine Entlassung. Felix Faure, der das schwierige Erbe antrat, starb vor Ablauf des Septennats eines plötzlichen Todes; ihnen folgten Emile Loubet und Armand Fallières, die ihr Amt die gesetzlich vorgesehene Frist hindurch bekleideten. Nach langen Wochen der im stillen geführten Intriquen ist endlich der große Tag angebrochen. Am Nachmittag vorher leitete Luxembourgpalais und Deputiertenkammer ein bewegtes Bild ... die letzten Beratungen der Parteien des Senats und der Zweiten Kammer fanden statt und ergaben vielleicht das überraschende Resultat, daß statt der bisherigen drei oder vier Kandidaten deren plötzlich zehn auf der Favoritenliste stehen. Gleichviel, am kommenden Tage muß die Wahl stattfinden. Senatoren und Deputierte sowie die sonstigen offiziellen Persönlichkeiten, die bei dem Staatsakt anwesend sein müssen, fahren in Extrazügen nach Versailles. Man verläßt sich auf dem im Zentrum von Paris gelegenen Bahnhof Saint-Lazare. Um elf Uhr fünfundsünfzig Uhr der aus zweihundertzig Wagen bestehende „Zug der Parlamentarier“ ab: „Am Minuten später folgt der „Zug der Diplomaten und Minister“. Es versteht sich, daß auch die Vertreter der in Paris residierenden Großmächte dem Kongress beimohnen. Der Bahnhof sowie die Linie bis Versailles sind militärisch bewacht; außerdem richtet die Polizei einen umfangreichen Ordnungsdienst an der Gare Saint-Lazare ein, da die Abfahrt der Kongressmitglieder Tausende von schaulustigen Pariser anlockt.

Zu den zahlreichen Cafés um den Bahnhof dränge sich die Menge. Man schießt Wetten ab auf den „Gewinner“, ereifert sich, je nach der Zugehörigkeit zu dieser oder jener politischen Partei, für den einen oder anderen Kandidaten und zeigt eine Spannung und Unruhe, die fast an die großen Wettrennen in Longchamp oder Chantilly erinnert. Minuten ereignen sich auf dem Bahnhofsperren ergötzliche Szenen, wenn ein würdiger Senator oder braver Deputierter den offiziellen Zug verläßt. So kam bei der letzten Wahl der wegen seiner Originalität bekannte Abgeordnete Douby d'Asson gerade in dem Moment an, als der „train parlementaire“ die Halle verließ; der Deputierte hatte als trennender Familienvater einige wichtige Einkäufe für seine Gattin nicht veräumen wollen. Leider hinderten ihn die zwei Esakaffen, die er unter dem Arm trug, und die riesige am andern Arm baumelnde Hutkackel am rechtzeitigen Erscheinen. Ein ähnliches Mißgeschick passierte leinereit Felix Faure, als es sich darum handelte, dem zurückgetretenen Präsidenten Cochin-Perrier einen Nachfolger zu geben. Die auf dem Perron anwesenden Freunde, die über die guten Aussichten Faures orientiert waren, trösteten ihn lobend und meinten, er werde ihnen auch trotz der Verpätung am Abend einen guten Präsidenten von Versailles zurückbringen. Felix Faure verbrach sein Abschiedsgebet zu tun und er hielt Wort — am Abend kehrte er als Präsident nach Paris zurück. Vor der Kongresskunft nimmt man in den großen Restaurants von Versailles das Früh-

bei der Arbeiterorganisationsfrage in den Vordergrund zu rücken und die nationalen Arbeiter, die ihre Vereinigungen nicht zu reinen Kampfsorganismen gestalten wollen, für diesen Plan zu gewinnen. Die Nationalliberale Partei denkt nicht daran, dem Arbeiter das Koalitionsrecht zu nehmen, sie müsse aber betonen, daß die Vereinigungsfreiheit zu keinem Vereinigungszwang ausarten dürfe. Von demselben Standpunkte aus sei auch die Frage des Streikpostens zu beurteilen. Ein „Judithhausgesetz“ werde die Partei nicht schaffen helfen; in der Streikpostenfrage müsse es nicht lauten „entweder oder“, sondern: „sowohl als auch“. Der Industrie und dem Gewerbe müsse allerdings die Sicherheit gewährleistet werden, die sie zu ihrer Weiterentwicklung notwendig hätten, wenn sie bereit seien, auf sozialem Gebiete zu leisten, was im Rahmen des Möglichen liege. Angesichts der immer mehr fühlbarer werdenden amerikanischen, japanischen und selbst chinesischen Konkurrenz müsse in erster Linie die Förderung einer gesunden Wirtschaftspolitik, die die deutsche Industrie konkurrenzfähig erhalte, betont werden. In diesem Zusammenhang kam der Redner auch auf die Frage zu sprechen, ob es richtig sei, die Ausländer in unbeschränkter Weise zu unsern Hochschulen zuzulassen. Die heute geübte Praxis gegenüber den Ausländern sei gewiß vornehm, indes man könne als Volk an der eigenen Vornehmheit zugrunde gehen. Die Arbeitgeber müßten die wirtschaftsrechtliche Arbeiterbewegung, die erzieherische über alle an Boden gewinnen, mit Interesse verfolgen, und vor allem müsse der moderne Nationalliberalismus — modern im Hinblick auf neue Aufgaben — nicht vorübergehen an dieser friedlichen Arbeiterbewegung. In dem rheinischen Parteivorstand werde man schon in kurzem zu der wirtschaftsfriedlichen Arbeiterbewegung Stellung nehmen. — Die anschließende Aussprache ergab eine einstimmige Zustimmung zu den Hauptpunkten des Vortrags.

Zur Frage des verklärten Arbeitswilligenschutzes.

Ueber die Stellung der nationalliberalen Reichstagsfraktion zur Frage eines verklärten Arbeitswilligenschutzes sind in der Presse teilweise unrichtige Angaben gemacht worden. Selbstverständlich wünschen auch die Nationalliberalen einen wirksamen Schutz der Arbeitswilligen, sie halten aber den neuerdings von konservativer Seite vorgeschlagenen Weg der Einschränkung des Verbotes des Streikpostens für ungangbar, sind vielmehr in Uebereinstimmung mit der Reichsregierung der Ueberzeugung, daß die Frage des Koalitionszwanges und zwar für Arbeitnehmer wie für Arbeitgeber, nur im Zusammenhang mit der allgemeinen Reform des Reichsstrafrechts geregelt werden kann. Bis dahin erscheinen die bestehenden gesetzlichen Bestimmungen zur Abwehr terroristischer Ueberschritte als ausreichend, sofern diese nur mit der nötigen Energie zur Anwendung gebracht werden. Daß das Verbot des Streikpostens allein ein untaugliches Mittel zur Abstellung der leider vorhandenen Mißstände ist, das ist unseres Erachtens von dem Vertreter der Reichsregierung im Reichstag unter Zustimmung der Mehrheit des Reichstags erschöpfend dargelegt worden. Eine stichhaltige Erwiderung bezw. Widerlegung seitens der Antragsteller haben wir bis jetzt weder zu hören noch zu lesen bekommen, so daß der Gedanke eines Verbotes des Streikpostens vorläufig wohl als erledigt gelten kann.

Deutsches Reich.

Zur neuesten Erklärung der Nationalliberalen schreibt die „Tagl. Rundsch.“:

Man muß als objektiver Zuschauer gestehen, daß gerade solche Erklärungen der Nationalliberalen selbst — es ist dies nicht die erste dieser Art — es immer schwerer machen, einzusehen, wozu der Nationalliberale Reichsverband eigentlich geschaffen wurde. Es war doch nicht seine ursprüngliche Absicht, Herrn Waffermann gegen links und gegen rechts zu sekundieren.

Wir haben erst unlängst dargelegt, daß die Konsequenz der gegenwärtigen Haltung des Nationalliberalen Reichsverbandes die von seinen Gründern selbst zu vollziehende Auflösung sein müßte.

Badische Politik.

In den kommenden Landtagswahlen.

Die Sozialdemokraten haben in mehreren Wahlkreisen schon Kandidaten aufgestellt, auch in solchen, die unparteiischer liberaler Gesinnung sind. Daraus hatte man ein liberales Blatt — die „Straßb. Post“ — vor einigen Tagen gefolgert, die Sozialdemokratie habe den Gedanken eines Großblocks für den ersten Wahlgang aufgegeben. Diese Aeußerung hat zu Bemerkungen in der Mannheimer „Volkstimme“ geführt, aus denen einige Triebe gegen die nationalliberale Partei heraussehen. Denen aber sind Bemerkungen der „Bad. Landesztg.“ auf dem Fuße gefolgt: Das seien merkwürdige Redensarten, die etwas verbessern sollten usw. Nun können wieder die sozialdemokratischen Blätter antworten und unter anderem wären wir dann in einem allerliebsten Pressegespräch über Taktik unter Parteien, die in irgendeiner heute noch nicht genau erkennbaren und bestimmbaren Form bei den Wahlen gemeinsam operieren wollen und müssen. Manche Leute scheinen sich darauf zu caprizieren, aus den Erfahrungen früherer Wahlen nichts zu lernen. . . . Sonst könnten sie doch am Ende wissen, daß es sich noch immer als sehr wenig nützlich erwiesen hat, die so überaus heißen Fragen der Wahltaktik, das Handeln und Abhandeln der konkurrierenden Parteien zum Gegenstand breit ausgesprochener Pressescheiße vor der Öffentlichkeit und den — Geizern zu machen. Sollen wir nun eine Wiederholung dieser direkt schädlichen Stillschaltungen erleben? Fast scheint es so, da die Diskussion schon so beängstigend frühzeitig beginnt. Wir möchten da doch allen, die es angeht, dringend nahelegen, sich in den Presserörterungen über die einzuschlagende Taktik möglichst zu jäheln. Diese überaus heiße und gerade für die kommenden Wahlen doppelt wichtige Frage der Taktik wird wirklich zweckmäßiger den Verhandlungen unter den in Frage kommenden Parteien überlassen. Soviel bekannt wird, haben bisher noch keinerlei offizielle Verhandlungen über die Frage des Großblocks im ersten Wahlgang stattgefunden. Es hat also noch keine ernsthafte Fühlungnahme der geordneten Parteistimmen gegeben, die allein die erste sichere Auffklärung über die Anschauungen und Absichten haben und drüben bringen u. den Boden für wirklich fruchtbare Erörterungen und Verhandlungen ebnet kann. Um so weniger können wir uns mit

unzeitigen Presserörterungen befremden, die nicht nur leicht Verstimmungen erzeugen, sondern auch durch Unvorsichtigkeiten den Gegnern geistigen, uns in die Karten zu sehen. Taktik macht man: wir möchten wohl wünschen, daß die Parteien der Linken genau nach diesem Grundsatze verfahren, den sie ja so oft und so gerne im Munde führen.

Die „Heidelb. Bl.“ schreibt: Die Frage des Zusammengehens des „Großblocks“ gleich im ersten Wahlgang bei den diesjährigen Landtagswahlen ist da und dort in letzter Zeit in der Presse noch gestreift worden. In dessen, weder auf nationalliberaler Seite noch auf sozialdemokratischer ist dazu vorhanden. Die Sozialdemokratie hat auch schon in einigen Bezirken, die bisher nationalliberal vertreten waren, Kandidaten aufgestellt. Die Frage kann also aus der praktischen Erörterung völlig ausscheiden. Und mit der etwaigen Stichwahltaktik befragt man sich am besten erst, wenn die Hauptwahlen vorüber sind.

Zum Fall Wetterle.

w. Straßburg, 16. Januar.

Herr Wetterle weiß wieder jenseitig im Landtage, gibt in den Wandelgängen „Audienzen“, instruiert seine Getreuen von der Journalistentribüne und scheint der ganzen Erregung, die sein Redefeldzug durch Frankreich in Elsaß-Lothringen hervorgerufen hat, spotten zu wollen. Daß ihm aber doch nicht ganz so wohl zu Mute ist, wie er glauben machen möchte, beweist eine Rechtfertigung, die er in seinem „Rouveliste“ vom Stapel läßt, und in der er sich den Anschein gibt, als könnte er bei seinem reinen Geistes und der Lauterkeit seiner Absichten gar nicht begreifen, warum man ihn eigentlich so schlecht behandle. Man hat dieses Mandat bei Herrn Wetterle schon zu oft erlebt, als daß noch jemand darauf heranzufallen würde. Nur könnte man sich wundern über die relativ maßvolle Sprache, in der seine Rechtfertigung abgefaßt ist, wenn nicht auch dafür die Erklärung zu leicht zu finden wäre.

In früheren Fällen — und Herr Wetterle hat deren schon recht viele auf dem Kerbholz — hatte Wetterle sich regelmäßig nur mit ein paar deutschen Zeitungen auseinandergesetzt, die sein gefährliches Treiben geißelten, und vor allem konnte er seinen Landsleuten, ohne Gefahr bloßgestellt zu werden, vorschwärzen, daß es nur die bösen Buben an uns seien, die sich über sein Tun aufregten, um daraus gegen Elsaß-Lothringen selbst Kapital zu schlagen. Dieses Mittel verfiel diesmal nicht; denn unter denen, die seine neuesten Taten am schärfsten verurteilen, befinden sich in erster Linie seine altelbäuerlichen Landsleute. Und unter ihnen wieder Männer, deren Meinung Herrn Wetterle doch nicht ganz gleichgültig ist. Er, der durch seine jahrelang betriebene nationalstiftende Wahlarbeit einen großen Teil seiner Landsleute ganz auf seine Seite gezogen zu haben glaubte, muß nun erleben, daß er mit einem kleinen Kreis von Freunden doch recht isoliert dasteht. Denn im Elsaß-Lothringischen Zentrum ist die Stimmung gegen ihn recht erbittert, wenn man sich auch aus taktischen Gründen hütet, ihn scharf anzufassen.

Vor allem aber scheint man es im höheren Klereus der Diözese Straßburg Herrn Wetterle sehr übel vermerkt zu haben, daß er das Zentrum wieder einmal heillos kompromittiert hat, denn dort pflegt man eine ruhige berechnete Politik zu treiben, die man sich durch nationale Abenteuer nicht bedecken lassen möchte. Und sie wäre verdoeben, und zwar gründlich, wenn unsere Regierung sich entschließen könnte, mit den Nationalisten einmal „Fraktur zu reden“. Nicht in der Weise, daß der Staatssekretär im Landtage den

Nationalisten eine Philippica hält, die man hinterher im Ministerium so schnell wie möglich in Vergessenheit geraten zu lassen sucht, sondern dadurch, daß man sich auch in offiziellen Besuchen die nationalstiftlichen Abgeordneten und Notabeln zehn Schritte vom Leibe hält, wobei man sich nur genau an die vom Statthalter Grafen von Wedel schon vor ein paar Jahren gegebenen Anweisungen zu halten braucht.

Das ist bisher leider nicht überall geschehen, und die Folge war, daß der Einfluß dieser Leute im Lande nur noch wuchs. Man traute ihnen einen langen Arm zu, und stand sich im allgemeinen auch nicht schlecht dabei, wenn man sich an sie wandte. Dem muß, wenn jemals klar und gesunde Verhältnisse in Elsaß-Lothringen eintreten sollen, ein Ende gemacht werden. Ein Mann wie Wetterle würde es gar nicht wagen, jahrein, jahraus hier und in Frankreich gegen das Deutschtum und die Deutschen zu hetzen, wenn er nicht das Gefühl hätte, immer wieder an irgendwelchen Stellen der Regierung eine Rückenbedeckung zu finden. Bestigt er jetzt doch auch die Dreistigkeit, die Elsaß-Lothringische Regierung gewissermaßen zu seiner Mitschuldigen zu machen, indem er schreibt:

„La conférence que j'ai donnée à Evreux, au Havre . . . est imprimée et se trouve depuis des mois dans les mains des membres de notre gouvernement . . . Un de nos ministres me disait un jour, et j'ai pris cela pour un compliment: „Vous, Wetterle, (einfach Wetterle?!) il est bien inutile de vous faire filer. Vous êtes le premier à raconter tout ce que vous faites quand vous passez la frontière.“

So muß es kommen! Herr Wetterle, von der öffentlichen Meinung, von Mitdeutschen und Alt-Elsaß-Lothringern der größten Verurteilung am deutschen Reich und an seiner Heimat Elsaß-Lothringen sowie der gewissenlosen Förderung der französischen Redaktionsführung angeklagt, ruft das reichsständische Ministerium als Kronzeugen für seine Harmlosigkeit, wenn nicht gar als seinen Verteidiger an.

Wenn das Ministerium sich das gefallen läßt, darf es sich nicht wundern, wenn morgen wieder nationalstiftliche Wanderprediger nach Frankreich ziehen und den erschütterten und empörten Franzosen von den Leiden erzählen, die Elsaß-Lothringen von den unerschämten Sprößlingen der Jungereidler, die nach dem Unglück von 1870 über Elsaß-Lothringen herfielen, zu erdulden hat. Und es darf sich ferner nicht wundern, wenn man in nationalstiftlichen Kreisen des Landes glaubt, ihm alles bieten zu können, und in deutschgesinnten alles Vertrauen zu ihm verliert.

Aus Stadt und Land.

Mannheim, 17. Januar 1912.

Mannheimer Altertumsverein.

Auf dem Januar-Bereinsabend sprach Herr Dr. Franz Schnabel über die Auflösung der Rünste in Mannheim und die Einführung der Gewerbefreiheit. Der Vortragende gab zunächst in großen Zügen einen kurzen Ueberblick über die Geschichte der Rünste und zeigte, wie diese seit einem halben Jahrtausend bestehende Organisation der menschlichen Arbeit zur Zeit ihrer Auflösung innerlich überlebt war und schon lange nicht mehr die Macht besaß, die ihr bis zur französischen Revolution innegewohnt hatte. Bis dahin war sie der Ausdruck eines großen wirtschaftlichen Geseges: Bindung des einzelnen an feste wirtschaftspolitische Grundzüge; ihr Erfolg nach innen war: Regelung von Angebot und Nachfrage im gegebenen wirtschaftlichen Körper, Schutz der Produzenten und Konsumenten — daher Festsetzung der Reinertrags, der Produktionshöhe und des

Preis, dessen Wert ebenso durch die Tradition geheiligt ist, wie das teuerste Programm der Logik. Es gibt: Wikande, Wurf, Kockbeef, Kartoffeln, Taffel und Raffer. Preis: fünf Franken. Nach dieser Stärkung wagt man sich auf den Weg nach dem Schloß, wo der Kongreß stattfinden wird. Mitunter werden von einzelnen Vereinen noch vorbereitende Sitzungen im „Theatre des Varietes“ oder den „Rezervoirs“ abgehalten. Zum Eintritt in den großen Kongreßsal, dessen Tribünen den Mitgliedern der Regierung, den Diplomaten und dem Publikum reserviert sind, bedarf man einer besonderen Eintrittskarte, und die Kontrolle wird mit äußerster Strenge gehandhabt. Inzwischen haben sich im Saale die 300 Senatoren und 501 Deputierten zum Wahlakt versammelt. Dieser findet in folgender Weise statt: Der Präsident des Kongresses, als der nach der Konstitution der jeweilige Senatspräsident fungiert, eröffnet die Sitzung mit einigen Worten, mit denen er die Vertreter des Volkes willkommen heißt und sie einlädt, dem Staate ein neues Oberhaupt zu geben. Darin das Los wird alsdann entschieden, mit welchem Buchstaben des Alphabets man beginnt; die Abgeordneten, deren Namen mit diesem Buchstaben anfangt, eröffnen den Reigen der Wählenden. Bei der Wahl Carnots begann man mit B. bei Camille Perier mit A. gleichfalls mit A. bei Felix Faure, mit D bei Douha, mit W bei Wolherst. Übergeliebliche Vorleserinnen behaupten, daß der Buchstabe, mit dem die Wahl anfängt, nicht im Familiennamen des Kandidaten enthalten sein

darf. Die Erfahrung hat ihnen bisher Recht gegeben, und hoffentlich spielt ihnen der Zufall diesmal keinen Streich. Nachdem noch gleichfalls durch Los, der „Scrutateur“ bestimmt worden ist, nämlich derjenige Abgeordnete, der, neben der Urne stehend, den Wahlstimmzettel, treten die 50 Kongreßmitglieder einer nach dem anderen auf die Tribüne. Sie nehmen dort von einem Sekretär des Bureaus die traditionelle Buchstabenkarte in Empfang, schreiben alsdann zur Urne, an den gestellten Stimmzettel hinein, auf und geben darauf einem zweiten Sekretär die Karte, die dieser in eine offene Urne wirft. Nach Beendigung der Wahl müssen ebensolche Augen wie Stimmzettel vorhanden sein; andernfalls kann der Wahlstimmzettel erklärt werden. Selbst wenn man in Betracht zieht, daß durchschnittlich nicht mehr als 800-900 Senatoren und Deputierte zum Kongreß erscheinen, nimmt die Wahl immerhin mehrere Stunden in Anspruch. Während dieser Zeit herrscht sowohl im Saale wie besonders in der benachbarten „Galerie des Tombeaux“ die lebhafteste Bewegung. Die Galerie, auf die eine große Anzahl von Heinen Sälen mündet, ist speziell der Sammelplatz der Parlamentarier, die ungeniert das „Organe des Tages“ diskutieren wollen. Die durch die Gallethe verlangte Heerde, die man sich im Kongreßsal aufzulegen muß, weicht hier einer unparteiischen Gemütslichkeit. Die politischen Freunde sind in angeregter Unterhaltung. . . . zwischen der Menge der „gänzlich Unerfahrenen“ tauchen die Charaktergefallen der führenden

Persönlichkeiten auf. . . . unter ihnen weilt der „heimliche König“, der binnen kurzem sie alle Hauptrollen übertragen wird.

Nach langem Warten begibt man sich endlich in den Saal zurück. Der Wahlstimmzettel ist bereit, und die Mitglieder des Bureaus nehmen unter der Aufsicht des Präsidenten die Fählung der Stimmen vor. Im Saale herrscht atemlose Spannung. . . . Die Glocke des Kongreßvorsitzenden ertönt. . . . Das Geräusch, das in dem weiten Raume brandet, versetzt wie auf Donner. Und die Stimme des Präsidenten erhebt sich: „Ich habe die Ehre, der Nationalversammlung das Ergebnis der Stimmzählung für die Wahl des Präsidenten der Republik mitzuteilen.“ Nach Beendigung der Siffen erfolgt sodann die feierliche Proklamation mit den traditionellen Worten: „Monseigneur K. der die Mehrzahl der abgegebenen Stimmen erhalten hat, wird hiermit zum Präsidenten der Republik auf sieben Jahre proklamiert!“

Auf diese Proklamation, die von der linken Kapelle des Saales widerhallen, bringen dem Kongreßsäle die erste Halbtagung entgegen. Der Kongreßvorsitzende, begleitet von sämtlichen Ministern und dem Präsidenten der Deputiertenkammer, begibt sich alsdann in den Saal, der ihm während der Tagung zur Verfügung steht; hier erwartet der Gemählte die offiziellen Verehrlichkeiten. Der Vorstehende überreicht dem Ministerpräsidenten das Protokoll des Kongresses. Dieser verliest es und übergibt in einer Ansprache dem neuen, von dem leuchtenden Volke bestimmten Präsidenten der französischen

Republik die Rechte, Vorrechte und Pflichten der höchsten Exekutivgewalt“. Nach dieser kurzen, einträchtigen Zeremonie nimmt der Erwählte die Glückwünsche seiner Umgebung entgegen und begibt sich alsdann im vierpännigen Landauer unter militärischer Begleitung nach Paris zurück, um hier im Ehrenhof des Elyseepalastes von seinem Vorgänger (der noch einen Monat, bis zum 18. Februar, im Amte bleibt) feierlich empfangen und in seinen neuen Wirkungskreis eingeführt zu werden.

Kunst, Wissenschaft u. Leben.

Ein neuer Fortschritt der Röntgentechnik.

Nach vielen mühevollen, zum Teil vergeblichen Versuchen ist es jetzt dem bekannten Röntgentechniker Dr. Desmarer in Frankfurt a. M. gelungen, wie er in der Münchener Medizinischen Wochenschrift mitteilt, Bewegungsanfänge zu machen u. Herzen zu machen, die schnell genug hintereinander folgen — 8-10 Aufnahmen in der Sekunde —, um die einzelnen Phasen der Herzaktion, die Zusammensetzung der Vorhöfe und Kammern, sowie die darauf folgende Erschlaffung im einzelnen festzustellen. Für die Wissenschaft wie für die Praxis ist dieser Fortschritt von gleicher Wichtigkeit. Denn man kommt durch diese Bewegungsbilder in die Lage, den physiologischen Vorgang der Herzsammensetzung direkt vom Bilde abzulesen, und ebenso krankhafte Störungen, wie sie auf nervöser Grundlage und nach Klappenfehlern entstehen, zu erkennen und zu analysieren. Gleichzeitige

Größtes Befähigungsnachweis, Beschränkung der Gesellen und Lehrlinge — aber auch Bindung der Meister an die Scholle, fargum der Wanderschaft nach Monopolisierung. Der Erfolg nach außen bestand in der Heranbildung eines tüchtigen Handwerkerstandes; es entwickelte sich daraus eine glänzende Kultur, von deren äußeren Formen wir noch interessante Überreste in den Museen vor uns haben. Aus dem grundlegenden Prinzip heraus ergaben sich auch die Ursachen des Verfalls: Engbergigkeit machte die Erhaltung der Institution, eine Entwicklung, die der absolute Staat noch begünstigte: So in Mannheim unter Karl Theodor, der die Privilegien mit neuen Privilegien ausstattete. Die Tendenz zur Schließung der Kunst fand hier einen besonders scharfen Ausdruck in der Tünnung der Chirurgen und Barbiers, wo die Kunstgelehrigkeit zum erblichen Realrecht einer beschränkten Meisterzahl wurde.

Die Entwicklung des geistigen wie des wirtschaftlichen Lebens schritt über die Hälfte hinaus. Der Uebergang zum Fabrikbetrieb brachte immer mehr Ausnahmen von der Regel und der Gedanke der Befreiung des Individuums von Fesseln, die nicht von der Gemeinschaft gefordert sind, drang siegreich durch. Auch im wirtschaftlichen Leben ließ nun die Lösung; freie Entfaltung der Kräfte! Und so führten die Ideen der französischen Revolution und in Kreisen die Steinischen Reformen die Herrschaft des Fortschritts an. In Baden hätte man bei Karl Friedrichs dynastischen Ansichten Wohlwollen erwarten sollen. Hier aber lagen die Verhältnisse anders als in Frankreich und England. Die rein agrarischen Zustände machten vorläufig keine völlige Reform, sondern nur ein Ueberwinden der Mißstände notwendig. So blieb in dem halben Jahrhundert, während dessen sich Baden zum Industriestaat entwickelte, eine Art Kompromißzustand aufrecht erhalten. 1848 wurde prinzipiell die Aufhebung der Zünfte gefordert, Ende der vierziger Jahre tauchte die Forderung von neuem auf, besonders erhoben von liberalen Politikern, so dem Leiter des Mannheimer Gewerbevereins, Bürgerdirektor Schröder, und dem Heidelberger Nationalökonomem Hofford. Noch einmal wollte die Mannheimer Handelskammer — auch der Handel war ja zunftmäßig gebunden — am Vordere der Gewerbefreiheit mit verrohten Forderungen gegen die Getreidegenter kämpfen, aber ohne Erfolg.

Als in Baden mit der Oxyproklamation vom 7. April 1860 die Zeit der Reaktion endgültig überwunden war, erließen auch die Befreiung des Kunstwesens auf dem Programm der freiheitlichen Reformarbeit. Und nun eroberte sich die Frage, was an die Stelle treten sollte. Wie bedächtig man dabei zu Werke ging, wie viele Forderungen durchlaufen werden mußten, wie in der Presse, in Klugschriften und Versammlungen über das neue Ziel verhandelt wurde, ist unübersehbar bezeichnend für die Bedeutung des Vorgangs. Das Resultat dieser Verhandlungen, deren leitende Ideen der Redner klar darzustellen vermochte, war Freigabe der Kunstverfassung. Und nun ging das Ministerium den vorichtig abzuwägenden Gang weiter. Es folgten wochenlange Beratungen in einer Kommission, in der u. a. auch Mohl, Lauer und Wilm saßen; nach Zustimmung der Landstände wurde das neue Gesetz am 20. September 1862 verabschiedet und trat am 15. Oktober in Kraft; die Gewerbefreiheit war ausgesprochen. Nur ein Jahrzehnt blieb dieses badische Gewerbegesetz in Wirksamkeit, bis 1871 die Gewerbeordnung des norddeutschen Bundes von 1869 eingeführt wurde, in der die Vereinerung des Kunstgewerbes im allerstrengsten Sinne ausgesprochen war. Mit der Kunstorganisation war ein Segen der Vergangenheit gefallen, dessen mittelalterliche Blütezeit Mannheim, die Kunstschöpfung des absoluten Fürstentums, freilich nicht mehr erlebt hatte.

Dem Redner wurde lebhafter wohlverdienter Beifall zuerkannt für seinen Vortrag, durch den er in vorbildlicher Weise bewies, wie sich allgemein menschliche Vorgänge an einem heimatsgeschichtlichen Beispiel verdeutlichen lassen und wie das Heimatlische in seiner Bedeutung ge-

haben wird, wenn man es nach großen historischen Gesichtspunkten betrachtet und vor einem weiten historischen Hintergrund stellt. Die auf archaischen Quellenstudien beruhende Darstellung war klar gegliedert und wußte alle Einzelheiten den großen Linien der allgemeinen Entwicklung einzuordnen. — Herr Kommerzienrat Jeller sprach Herrn Dr. Schnabel für diesen fleißig ausgearbeiteten und überaus anregenden Vortrag den wärmsten Dank der Versammlung aus.

* Ernaunt wurden die Regierungsbaumeister Karl Seitz bei der Oberleitung des Wasser- und Straßenbauwesens und Gerhard Benz bei der Wasser- und Straßenbauinspektion Vorrath zu Baupraktikanten.

* Ingeheilt wurde Revisor Wilhelm Christ in Rahr dem Bezirksamt Rannheim zur Aufbelleistung.

* Ein Verband der Beamten Badens für das Zeichen- und Begräbniswesen wurde am Sonntag in Rosbach in einer Versammlung gegründet, zu der sich Zeichenräthe, Totengräber und sonstige Angestellte für das gesamte Begräbniswesen Badens zusammenfanden. Herr Plutsch von Sedowien führte den Vorsitz. Der Verband, der seinen Sitz in Redarau hat, erstreckt die soziale und wirtschaftliche Vetterstellung seiner Mitglieder. Sämtliche Anwesende traten dem Verband bei. Am nächsten Sonntag findet in Laubersbichsheim eine weitere Versammlung statt.

* Bezirksrat. In der am 16. Januar stattgehabten Sitzung wurde die Landordnung wie folgt erledigt: 1. S. des Disziplinarverbandes Weinheim gegen den Bandarmenverband Mannheim Erlas von Unterabstimmung für Johann Müller von Kreuz (Klage abgelehnt). 2. S. des Disziplinarverbandes Mannheim gegen den Bandarmenverband Mannheim Erlas von Unterabstimmung für Karl Schaller von Mannheim (abgelehnt). 3. S. des Disziplinarverbandes Mannheim gegen den Bandarmenverband Mannheim Erlas von Unterabstimmung für Karl Schaller von Mannheim (abgelehnt). 4. S. des Disziplinarverbandes Mannheim gegen den Bandarmenverband Mannheim Erlas von Unterabstimmung für Karl Schaller von Mannheim (abgelehnt). 5. S. des Disziplinarverbandes Mannheim gegen den Bandarmenverband Mannheim Erlas von Unterabstimmung für Karl Schaller von Mannheim (abgelehnt). 6. S. des Disziplinarverbandes Mannheim gegen den Bandarmenverband Mannheim Erlas von Unterabstimmung für Karl Schaller von Mannheim (abgelehnt). 7. S. des Disziplinarverbandes Mannheim gegen den Bandarmenverband Mannheim Erlas von Unterabstimmung für Karl Schaller von Mannheim (abgelehnt). 8. S. des Disziplinarverbandes Mannheim gegen den Bandarmenverband Mannheim Erlas von Unterabstimmung für Karl Schaller von Mannheim (abgelehnt). 9. S. des Disziplinarverbandes Mannheim gegen den Bandarmenverband Mannheim Erlas von Unterabstimmung für Karl Schaller von Mannheim (abgelehnt). 10. S. des Disziplinarverbandes Mannheim gegen den Bandarmenverband Mannheim Erlas von Unterabstimmung für Karl Schaller von Mannheim (abgelehnt).

* Zur Veranschaulichung. Die letzte Nummer des Schulverordnungsblattes enthält eine Bekanntmachung des Ministeriums des Kultus und Unterrichts, die sich eingehend mit der Berufswahl der Schüler und Schülerinnen befaßt. Dabei werden die Lehrer besonders angehalten, die Knaben auf die Vorteile des Handwerkerstandes aufmerksam zu machen. Da vielfach auch die Mädchen gezwungen sind, sofort nach der Schulentlassung eine Berufsarbeit zu treffen, so ist auch in diesem Falle eine sachdienliche Beratung der Lehrer in den oberen Klassen

sehr wünschenswert. In der Bekanntmachung heißt es, die Schule hat ein großes Interesse daran, daß es ihren Höflingen im späteren Leben gut geht. Die Lehrer machen sich deshalb verdient, wenn sie Schüler und Schülerinnen ermahnen, sich nach der Schulentlassung einen bestimmten Beruf oder einer geeigneten Beschäftigung zuzuwenden, wenn sie ihnen mit dem nötigen Rat an die Hand gehen, wenn sie insbesondere solche Knaben, die Lust und Liebe zu einem Handwerk zeigen, über die notwendigen Schritte belehren. Das Ministerium ordnet daher an: Alle Lehrer und Lehrerinnen der oberen Knaben- und Mädchenklassen sollen die abgehenden Schüler und Schülerinnen darauf aufmerksam machen, wie wichtig es für sie ist, sich alsbald nach der Schulentlassung einem Beruf oder einer geeigneten Beschäftigung zuzuwenden, was sie tun müssen, um sich für den gewählten Beruf gründlich auszubilden und welche Schritte die Eltern hiergegen zu tun haben. Die Volksschulrektorate und ersten Lehrer nehmen die „Fragebogen“ und „Führer“ entgegen, die ihnen von den Handwerkskammern oder Arbeitsnachweisstellen zugewendet werden und übergeben sie den Lehrern der oberen Knabenklassen, die sie dann an die Knaben, die Lust zu einem Handwerk haben, verteilen.

* Vom Wetter. Der von gestern auf heute eingetretene Witterungsumschlag dürfte auch in Heidelberg bald mit dem Schnee ausgeräumt haben. Vielleicht wird er sich in den hohen Lagen des Königstuhls noch ein paar Tage behaupten können, aber verschwinden wird er, wenn das Wetter nicht wieder umschlägt, auch dort recht bald. Das ist bei der auf dem Königstuhl herrschenden Temperatur von 2 Grad Wärme sicher. Gestern war der Verkehr auf den Hobbelsbahnen außerordentlich stark und infolgedessen auch auf der Bergbahn. Man mußte immer 3 Wagen abgeben lassen, bevor man an die Reihe kam, befördert zu werden. Nachdem es so mit dem Schnee zu Ende geht, dürfte aus dem für Sonntag geplanten Winterfest auf den Hobbelsbahnen nichts werden. Die definitive Entscheidung hierüber wird der Hobbelsbahn morgen treffen.

* Der Bezirksverein „Deutsche Städtevereinerung“ hielt am Dienstagabend im „Kriegerhof“ seine gutbesuchte Generalversammlung ab. Der Vorsitzende, Herr Prof. Jampont, begrüßte die Erschienenen und erstattete dann den Tätigkeitsbericht. Es fanden vier Vortragabend und mehrere Besprechungen der Vertrauensmänner statt. Die Wahl des Vorstandes ergab die einstimmige Wiederernennung der bisherigen Herren, nämlich: Herr Prof. Jampont, erster Vorsitzender, Fabrikant Dieffenbacher, Stellvertreter, Xolograph Volk, Schriftführer. Dann ergriß Herr Rektor Dr. Weber das Wort zu seinem Vortrage: „Reise nach Ägypten“. In äußerst leselichem, von Humor durchwärmten Ausführenden schloß der Referent seine Einträge und Ergebnisse auf seiner im Dezember ausgeführten Ägyptenreise. Sehr interessant mußte Herr Weber das Leben und Treiben auf einem großen Nubienstädtchen darstellen. Auffallend ist dem beobachtenden Menschen bei der Fahrt über das Mittelmeer die Veränderung am Sternbild, die Verschiebung des Sternbildes, der Wechsel in der Färbung des Himmels und die zunehmende Temperatur. Fort Said, die erste ägyptische Stadt, welche besucht wird, macht einen durchaus modernen Eindruck und besteht hauptsächlich aus Kaffeehäusern und Bazaren. Sein schon sehr hundertjähriges Leben ist allerdings nur ein kleiner Vorkeschmack von den vielstündigen Schwärmen von Kairo, nach welchem die Fahrt durch das ägyptische Nubien mit seiner blauen Bevölkerung geht. Auf einer Fläche von 24000 Quadratkilometer (ganz Ägypten 900000 Quadratkilometer) wohnen hier 12 Mill. Menschen, deren Leben nur durch die außerordentliche Fruchtbarkeit des Bodens, der welchem man 3. D. 12 Generationen und 3—4 Feldernten erzielt, möglich ist. Obwohl die Landbevölkerung durch die großartigen Bewässerungsanlagen bedingt ist, es zu einem gewissen

Wohlstand gebracht hat, sehen die Dörfer in Unterägypten armelig aus und ihre Bevölkerung, die Fellachen, sind schmutzig und unförmlich. In großem Kontrast dazu steht das Bild, das sich in Kairo darbietet. Schon am Bahnhof, welcher einen lauberen Eindruck macht, drängt sich ein ungeheurer Menschenhaufen. Auf den Straßen herrscht ein Gemümel im herrlichsten Paradiesisch, von Schwarz des Neger bis zur Weiße des Europäers. Der Referent entwarf nun eine ansprechende Charakteristik über die vertretenen Stämme, als da sind: Araber, Kopten, Beduinen, Araber, Berliner, Sudaner, Türken, Syrer, Palästiner und Armenier. Europäer haben sich in Ägypten etwa 15000 und zwar vornehmlich Östern und Italiener angesiedelt. Deutsche leben dort etwa 2000, meist in Kairo. Zum Schluß besprach der Redner noch das Klima und seine Einwirkung auf den Europäer. Anziehungspunkte für die Reisenden sind vor allem die großartigen Wandermalereien. Eine Reise nach diesen Wunderlande sei nur zu empfehlen. Der Vorsitzende sprach dem Referenten den Dank für die sehr interessanten Reisebilder aus, wie ihn auch von den Zuhörern reichlich Beifall gesendet wurde. Die anschließende Aussprache brachte noch mehrere Ergänzungen des Reiseberichts. Bei Punkt Verschiedenes stellte der Vorsitzende für den Monat Februar einen Familienabend in Aussicht.

* Apollontheater. Heinrich Brang, der mit seinem vorzüglichen Ensemble bis Monatschluß seine Salmontiale schlagende Kunst allen denen darbietet, die gern einmal recht herzlich lachen, gab in der gestrigen Premiere des neuen Programms die zuverläßige Kurze „Ein Gemälde“. Anton Aldermann heißt diesmal die Rolle, die Heinrich Brang mit zurechtfindender Gabe Komik munt. Aldermann, der von der nichtahnenden Frau den Titel „H. Anton“ erhalten hat, ist ein ganz geübter Scherzredner, der in Köln die verschiedensten Sachen gebricht hat. Der Umstand, daß er seine Fahrt dem Schwiegerohn übergeben hat und von Köln fortgezogen ist und daß infolgedessen ein „verführerisch duftendes Wollschaf“, das für Aldermann bestimmt ist, an die falsche Adresse gelangt, bringt die Komie zum Klagen. Köstlich ist die Art und Weise, wie der mit allen Sinnen gehende, als „Mizzi“ und „Boula“ auf der Bühne erscheint, seinen Schwiegerohn zum Sündenbock stempelt, wie die Wahrheit endlich an den Tag kommt und wie Aldermann schließlich doch in den Augen seiner Frau als der „strenge Tugendbold“, der ungeschuldig leiden mußte, daheim. Wirklich, Brang verliert das „Vorchloromieren“ aus dem „H“. Da auch die anderen Rollen vorzüglich dargestellt werden, so wird sich der geehrte solistische Lacherfolg wohl Abend für Abend wiederholen. Der Varieteteil, der den ersten Teil des Abends füllt, wird durch den feinen, temperamentvollen „weiblichen Palazzo“ Charly de la Rose eröffnet. Seymour und Uva bieten erstklassige, auf feinste ausgearbeitete Comikunst, während das Parvula Trio volles und im Aufzuge ist. Die drei Damen, schöne, schöne Erscheinungen, die namentlich als Rollenkönnler sehr gut ausfallen, besetzen prächtige Stimmen, die wunderbar voll zusammenklängen. Hier kommt man wirklich von Kunstgenuss sprechen. Ein poetischer Reiz liegt über der ganzen Darbietung, zu der auch die Vornehmheit des Auftretens der drei Damen wesentlich beiträgt. Jacques Brona, der hier nicht unbekanntes Humorstück, bietet letzte Unterhaltungsware, aber in so unübertrefflicher Weise, in so unverfälschter Förmlichkeit, daß man aus dem Baden nicht herauskommt. Namentlich seine Tangnummer wird ihm so leicht niemand kopieren. Das Förmliche auf dem „A“ legt er mit feinem „Schmoneles“. Die „Fons“ liefert in Valmetriks phänomenales. Wenn er auf dem Rolye steht auf dem Tropfen freischwebend durch die Luft faßt oder wenn er mit Hilfe eines eigenartig konstruierter „Munars“ oben an der Decke die Nischenwelt ausfüllt, dann überläßt er etwas ängstliche Zuschauer unwillkürlich die bekannte Wänselbau. Der Salsbau-Knematograph be-

werden sie das Studium der Wirkung der Herzmittel, wie Digitalis und Strophantus, erleichtern.

Die Auflagen der Werke Gustav Freytags. Welch ungeheure Verbreitung die Freytagschen Werke erhalten haben, davon bringt und eine Mittellung unseres Mündener Mitarbeiters Kunde. Der Roman „Die Sandgräfin“ erscheint gegenwärtig im 68. Tausend; der Roman „Die drei Vetrenen“ ist bereits beim 108. Tausend angelangt. Gustav Freytags „Ewigkeitswerk“ der Roman „Irrn und Ubi“, der den Ruhm des Dichters bis in die entferntesten Weltwinkel getragen hat, hat bereits eine Auflage von 20000 Exemplaren. Der Feldzugsbericht „Peter Moors Fahrt nach Südwest“ ist bei dem 150. Tausend angelangt, der Roman „Solligen“ hat das 135. Tausend im letzten Jahre überschritten, der Roman eines Selmademanns „Alaus Dinrich Baas“ hat das 70. Tausend bereits erreicht, die Erzählung der „Untergang der Anna Dollmann“ erscheint gegenwärtig in der 51. Tausendsten Auflage und endlich die Volksausgabe „Das Leben des Heilandes“ hat auch bereits das goldene Auflage-Jubiläum hinter sich. Zählt man die hier angeführten Auflagen der bisherigen Werke von Gustav Freytags zusammen, so kommen genau 653000 Exemplare in Betracht. Es dürfte wenige deutsche Epiker geben, die ausschließlich durch ihre Romane und Erzählungen mit einer so ungeheuer großen Auflage in das Ge-

heleben des deutschen Volkes eingedrungen sind.

Werner Sombarts 50. Geburtstag.

Werner Sombart, der berühmte Berliner Nationalökonom (bis 1906 in Breslau) feiert am 18. Januar seinen fünfzigsten Geburtstag. Freileblich, wie dieser fleißige Denker immer gewesen ist, mocht er seiner Nation zwei Geburtagsgeschenke: Soeben hat er bei Duncker und Humblot in Leipzig zwei neue umfangreiche Werke erscheinen lassen, betitelt „Luxus und Kapitalismus“ und „Krieg und Kapitalismus“. Einen Blick in das erste seiner beiden neuen Werke hat Sombart schon bei Höder der Vorträge im lassen, die er längst in Berlin und anderen Städten über das Thema „Die Kolonien und die Kultur“ gehalten hat. Die Gesamtzahl der Sombartschen Schriften geht in die Hunderte, am meisten ist davon sein Werk über den Sozialismus verbreitet, das nahezu vierzig Auflagen erlebt hat und in nicht weniger als achtzehn Sprachen überetzt ist. Die beiden jüngsten Bücher wollen Aufmerksamkeit zu einer großen Vorkaufsliste des Kapitalismus sein, die Sombart noch in Angriff nehmen will. Dabei gedent er auch der Nachwelt noch Arbeit übrig zu lassen, denn in den jüngsten Büchern steht man die stolze Bemerkung: „Wie das bei meiner Art zu arbeiten nicht anders sein kann, wird die Hauptarbeit der Einzelwissenschaften die nächste Generation der Wirtschaftshistoriker zu leisten haben.“

Wildebe Kunst.

Ein Standardwerk der kaum ein halbes Jahrhundert alten Kunstwissenschaft erscheint dem-

nächst unter dem Titel „Handbuch der Kunstwissenschaft“. Nachdem vor einiger Zeit die französischen Gelehrten ein Handbuch der Kunstgeschichte im wesentlichen nach den älteren historischen Gesichtspunkten gruppiert herausgegeben haben, darf man gespannt sein, so wird man geschrieben, wie nun die deutschen Kunsthistoriker ihrerseits nach den modernen kunstwissenschaftlichen und pädagogischen Gesichtspunkten die dringend notwendige Neuordnung und Neubearbeitung des durch die intensive Tätigkeit der Forschung angeeignet angewachsenen künstlerischen Materials über vornehmen. Im Gegensatz zu den älteren Darstellungsmethoden wird hier die Kunstgeschichte nicht als Künstlergeschichte aufgefaßt, die mehr dem Wissen als der Kunst dient, sondern als eine wahrhafte Geschichte der Kunst, im weitesten Sinne als eine Geschichte des menschlichen Geistes, die den Nachmann ebensoförmig interessieren wird wie den Kunstfreund, den ausübenden Künstler und Sammler. Von den Mitarbeitern sind neben dem Herausgeber, dem durch seine jüngsten Werke auch in weitesten Kreisen bekannt gewordenen Münchener Kunsthistoriker Fritz Burger, die Professoren Curtius-Erlangen, Darmstadt, Straßburg, Singer-Dresden, Wulf und Verfeld-Berlin, Graf Vitzthum-Mel, Bremer-Darmstadt, Wadernagel-Leipzig, Weis-Fern, Neuwirth-Wien, Egger-Gras, Wölch und Oberbillerodtorf-Leidinger-München zu nennen. Das Werk wird in das gesamte ältere wie jüngere Gebiet der Kunst gründlich und in lebendigster stilistischer Form einführen und für alle die sich aus Neigung oder beruflich mit der Kunst

beschäftigen der unentbehrliche Ratgeber sein, durch den sich die akademische Verlagsgesellschaft M. Koch, Neudammberg in vierbändiger Weise als Verleger einführt. Eine Fülle trefflichen selten gezeichneten Abbildungsmaterial in der besten Reproduktionstechnik — in der Offizin Brudmann-München gedruckt — wird dazu beitragen, dem wertvollen Inhalt den künstlerischen Rahmen zu geben, der weit über das hinausgeht, was man auf diesem Gebiete zu sehen gewohnt ist. — Wie werden nach Erscheinen der ersten Lieferung auf die Publikation zurückkommen.

Als Verlaines letzte Tage.

Einen menschlich ergreifenden Einblick in die letzten Tage Verlaines, in seine letzten trübseligen Lebenshoffnungen und stillen ärmlichen Daseinsfreuden gibt Saint-Georges de Bouhousier in seiner Erinnerung an den Dichter, die in der Comedia veröffentlicht werden. In einem früheren heuchelt und nebelstillerem Dezemberabend, kaum 4 Wochen vor dem Ableben des Dichters, begegnet Saint Georges durch einen Zufall auf der Straße dem Dichter. Es war in der Rue Monsieur-le-Prince. Dortlos blieb Verlaine stehen und sah den Freund an; dann hob er den Zeigefinger und winkte Saint-Georges, ihm zu folgen. Durch den grauen, nächtlichen Nebel, in dem nur trüblich die Oberlaternen glommen, führte Verlaine seinen Begleiter durch die Straßen, kein Wort der Erklärung, keine Begrüßung kam über seine Lippen. Erst in einer armeligen kleinen Wohnkammer, wo man den Dichter zu kennen sah und mit

Ein der betreffenden Geheimsachen ist bereits wieder im Dienst, die beiden anderen sind noch dienstunfähig. Sie leiden unter dem Einbruch des Schreckens. Von schweren Verletzungen, wie die Mütter melden, kann keine Rede sein.

Eisenbahn-Unfall. München-Gladbach, 17. Jan. (Mittl. Meldung.) Am 16. Januar, abends 1 Uhr 5 Minuten, rief bei der Station der Eisenbahn durch. Nach im Gefälle zurücklaufende Wagen stießen mit einem auf Bahnhof Remwert haltenden Güterzug zusammen. Ein Hilfslokomotive wurde getötet. Der Zugverkehr aus dem gesperrten Weis war vier Stunden unterbrochen. Untersuchung wurde angeleitet.

Selbstmordversuch eines Schauspielers. Berlin, 17. Jan. Heute nacht verfuhrte der Schauspieler Franz sich in seiner Wohnung in der Aufseherstraße zu erschlagen und brachte sich eine schwere Kopfwunde bei. Franz war jahrelang am Schauspielhaus engagiert und seit der Zeit, da Adel nicht mehr Direktor war, ausmüßig geblieben.

Großfeuer. Kulendorf, 17. Januar. (Priv. Tel.) Gestern abend 9 Uhr fand das große Haushaltungsgebäude, das durch brennende Schwefeln geleitet wird, in hellen Flammen. Das Feuer griff so schnell um sich, daß die Hölzer, die bereits zur Ruhe gegangen waren, nur noch dürftig beschießen auf die Straße flüchten konnten. Das Gebäude brannte vollständig nieder; die Nebengebäude waren in großer Gefahr. Von dem Mobiliar konnte fast nichts gerettet werden. Die Ursache des Brandes ist noch nicht aufgeklärt.

Selbstmord. w. Wien, 17. Jan. Einer Lokalcorrespondenz zufolge erschoss sich heute morgen der ungarische Reichstagsabgeordnete Dr. Sigmund Wertheim auf Semmering, wo er zur Erholung weilte wegen eines mißlichen Lebens.

Explosion auf einem Schiff. Triest, den 17. Jan. An Bord des Dampfers „Sebenico“ der Dalmatischen Dampfschiffahrts-Gesellschaft, der eine Ladung Karbit an Bord hatte, erfolgte heute Nacht eine furchtbare Explosion. Ein Mann wurde getötet, einer tödlich und mehrere Personen mehr oder minder schwer verletzt. Die Beschädigung des Dampfers ist bedeutend.

Letzte Nachrichten und Telegramme.

Darmstadt, 17. Jan. Der auf dem hiesigen Hauptbahnhof beschäftigte Wagenführer Joh. Kolb aus Bergeshausen wurde heute nachmittag von dem 1240 Uhr nach Heidelberg abfahrenden Güterzug auf dem Bahnkörper überfahren und getötet.

Berlin, 17. Jan. Auf Samoa ist nach einer telegraphischen Meldung des kaiserl. Konsulats der Händler Redners ermordet worden. Es liegt Raubmord vor. Die Recherchen waren bis jetzt ergebnislos.

Rom, 17. Jan. Der König empfing heute vormittag den bisherigen deutschen Votschafter in Jagow in Abschiedsaudienz. Heute abend gibt der König in Ehren des Votschafters ein Dinner, an dem der Minister des Reichs, San Giustino, und die Mitglieder der deutschen Botschaft teilnehmen.

Die Vermögenszuwachssteuer.

Berlin, 17. Jan. (Von unv. Berl. Bureau.) Im Reichsamt ist man damit beschäftigt, eine Vermögenszuwachssteuer auszuarbeiten. In der bekannten Bundesratsitzung, bei der die Minister der Bundesstaaten persönlich anwesend waren, kam eine Einigung nicht zustande, da die Stimmen für und gegen die Vermögenszuwachssteuer sich fast die Waage hielten.

Der Reichskanzler hat, wie die Tögl. Rundschau mitteilt, erklärt, daß er im Prinzip kein Gegner der Erbschaftsteuer, aber angesichts der parlamentarischen Lage nicht geneigt ist, die neue Einkommensteuer gegen die gesamte Rechte aus den Händen der Sozialdemokratie entgegen zu nehmen.

Die Vermögenszuwachssteuer wird als preussischer Antrag zuerst dem preussischen Staatsministerium vorgelegt werden und erst nach dessen Zustimmung dem Bundesrat.

Unterdessen broden aber im preussischen Staatsministerium erhebliche Schwierigkeiten. Denn wie verlautet, ist der preussische Finanzminister Dr. Lange ein entschiedener Gegner jeder Art der Vermögenszuwachssteuer. Sollte es aber dennoch gelingen, den preussischen Finanzminister umzustimmen, so ist es noch fraglich, ob sich im Bundesrat eine Mehrheit finden wird.

Der Tögl. Rundschau wird von durchaus vertrauenswürdiger Seite berichtet, daß die Vermögenszuwachssteuer möglicherweise eine Wendung nehmen könne, die uns plötzlich vor eine innerpolitische Krise stellt.

Der Untergang des Dampfers „Arconese“.

Operto, 17. Jan. Der Dampfer „Arconese“ wird für verloren gehalten. Er liegt ganz auf einem Felsen; die Wellen bedecken ihn und drohen ihn zu zerstören. Infolge hoher See sind die Rettungsarbeiten ungemein erschwert. Die Nachrichten über den Stand der Rettungsarbeiten gehen auseinander. Es liegt jetzt eine Meldung vor, die nur von fünf Geretteten spricht. „Arconese“ war auf der Fahrt nach Brasilien und Argentinien begriffen. (Die Zahl der Fahrgäste betrug nach einer Meldung 139, nach einer anderen 375.)

Präsidentenwahl in Frankreich.

Paris, 17. Jan. Es heißt, daß ein Teil der Konservativen im ersten Wahlgang Stimmenhaltuna erzielt haben, um für den zwei-

ten Wahlgang Poincaré gegenüber gewisse Bedingungen für ihre Stimmen stellen zu können. Ribot und Deschanel haben angeblich ihren Freunden erklärt, daß sie ihre Kandidatur wenigstens für den ersten Wahlgang aufrechterhalten. Man hält es unter diesen Umständen für wahrscheinlich, daß ein zweiter Wahlgang notwendig wird.

Paris, 17. Jan. Ackerbauminister Pams hat heute vormittag an den Ministerpräsidenten Poincaré folgenden Brief gerichtet: Da ich die Kandidatur für die Präsidentschaft der Republik angenommen habe, habe ich die Ehre, Ihnen meine Demission als Ackerbauminister zu unterbreiten.

Paris, 17. Jan. In den Bandelgängen der Kammer wird ein zwischen Clemenceau und Poincaré stattgehabter Streitfall lebhaft besprochen. Es heißt, Clemenceau habe an Poincaré ein Schreiben gerichtet, in welchem er scharfe Vorwürfe gegen ihn erhebt wegen der von ihm veröffentlichten Note und über die gehen von den Delegierten der Linken bei ihm unternommenen Schritte. Man behauptet sogar, daß dieser Zwischenfall eine Duellforderung zur Folge haben wird.

Paris, 17. Jan. Im Palais herrscht reges Leben. Von frühem Morgen an versammeln sich zahlreiche Journalisten der ganzen Welt den Parlamentsberichterstattern zu. Die Bahnhöfe sind militärisch besetzt, ebenso die Bahnhöfe. Die Kandidatenmaler werden sorgfältig bewacht. Der Himmel ist grau, ein bleicher Sonnenstrahl bricht hi und da hervor. Die Parlamentarier erscheinen in großer Anzahl und erörtern in angeregter Stimmung die Wahlausichten.

Paris, 17. Jan. (National-Versammlung.) Es wurden 873 Stimmen abgegeben. Davon erhielt Poincaré 338, Pams 338. Die übrigen Stimmen entfielen dem Vernehmen nach auf den Sozialisten Vaillant, Ribot und Deschanel. Da keiner der Kandidaten die absolute Mehrheit von 437 Stimmen erlangt ist ein zweiter Wahlgang erforderlich.

Der Balkanrieg.

Die serbischen Grenel in Albanien.

Wien, 17. Januar. Die „Reichspost“ veröffentlicht einen ausführlichen Bericht einer sogenannten Personifikation, deren hervorragende Stellung als Gewähr für die Authentizität der Mitteilungen erscheinen müsse, über die Grenel, welche von serbischen Banden und regulären Truppen in Albanien verübt worden sein sollen. In dem Bericht werden auf Grund von Aussagen angeblich vertrauenswürdiger Zeugen die von Serbien bei der Besetzung der albanischen Städte begangenen Unmenschlichkeiten in einzelnen geschildert. Es heißt da: Die Serben röteten die Bevölkerung ganzer Dörfer und Gegenden aus. Im Vilajet Scutari schätzte man die Zahl der getöteten Albanesen auf 25000. Der Bericht wendet sich schließlich an Europa, daß durch die Entsendung einer europäischen Untersuchungskommission sich von der Richtigkeit der Tatsachen überzeugen möge.

Die Kollektivnote der Mächte.

London, 17. Jan. (Priv. Tel.) Die Verzögerung in der Ueberreichung der Gesamtnote der Mächte macht fortwährend hier und in politischen Kreisen viel von sich reden. Was die nachträgliche auf Deutschlands oder Deutschlands-Oesterreichs Anregung vorgenommene Abänderung des Wortlauts anbelangt, so versichert man bestimmt, sie sei hier noch erfolgt, ehe die Note am Montag nach Konstantinopel telegraphiert wurde. Sie habe keine Schwierigkeiten gemacht, mit aus ein paar Worten bestanden und sei in kürzester Frist genehmigt worden. Ueberhaupt seien die Dinge hier in der Votschafter-Vereinigung ganz ungewöhnlich glatt verlaufen. Nach hiesigen Meldungen aus Konstantinopel wäre der Verzug in der Ueberreichung der Note darauf zurückzuführen, daß der deutsche Votschafter bisher noch ohne Weisungen gewesen sei. Wie weit das richtig ist, mag dahin gestellt bleiben. Jedenfalls setzen aus dem Punkte der mehrere Tage mangelnden Weisungen die umlaufenden Vermutungen über den möglichen Grund ein.

Wien, 17. Jan. Im Gegensatz zu den Meldungen, wonach die Gesamtnote der Mächte bereits überreicht ist, erfährt ein Berliner offizielles Telegramm der „Allg. Ztg.“, daß die Note heute oder morgen abgereicht wird. Der Grund der Verzögerung liege darin, daß sämtliche Votschafter erst ihre Anweisungen haben müssen. Schwierigkeiten über den Inhalt der Note bestehen nicht. Für die Form steht also die Entscheidung, ob sie weiter kämpfen oder verhandeln will, hängt bevor. Ist die Antwort auf die Note eingegangen, sind alle Betrachtungen möglich. Der Blick wendet sich erneut den rumänisch-bulgarischen Verhandlungen zu, welche etwas günstiger stehen. Der entscheidende Fortschritt hierbei hängt davon ab, daß die Bulgaren sehen, ob die Türkei cadgänglich zum Friedensschluß bereit ist.

Beforgte Stimmung in London.

London, 17. Jan. (Priv. Tel.) Obwohl die hiesigen Regierungskreise an der Hoffnung auf die Erhaltung des Friedens festhalten, herrscht allenthalben eine besorgte Stimmung. Kamentlich wird befürchtet, daß die Forderung der Großmächte in die Wege geht, falls die Türkei den Kollektivschritt negativ beantwortet. Auch in England bereitet sich ein

Umschwung zugunsten der Türkei vor. Die meisten Zeitungen fordern jetzt auch den Balkanbund auf, keine übertriebenen Forderungen zu erheben.

Rumänien und Bulgarien.

Bukarest, 17. Jan. (Priv. Tel.) Die „Allg. Ztg.“ meldet aus Wien: Der Berliner Berichterstatter der Neuen Freien Presse erfährt aus diplomatischen Kreisen, die Gefahr eines Zusammenstoßes zwischen Rumänien und Bulgarien sei dank der diplomatischen Kunst König Ferdinands im wesentlichen beseitigt. Bulgarien dürste an Rumänien einen Teil des von ihm beanspruchten Gebietes abtreten. Ueber Silistria würde eine Verständigung zustande kommen, wahrscheinlich in der Weise, daß Bulgarien die Festung zwar nicht abtrete, sich jedoch verpflichtet, die Befestigung zu schleifen.

Bukarest, 17. Jan. Die hiesigen amtlichen Kreise bestätigen, daß die rumänische Kompensationsfrage sich der Lösung nähert. Die rumänisch-bulgarischen Beziehungen hätten sich zwar nicht verschlimmert, aber auch nicht gebessert. Rumänien bestrebe auf der Abtretung des Silistria-Bereichs.

Oesterreich-Ungarn und Serbien.

Belgrad, 17. Jan. Gestern erfolgte die feierliche Flaggenhissung auf dem österreichischen Konsulat in Mitrowiza mit dem gleichen Zeremoniell wie in Belgrad. Zu der Feierlichkeit war der österreichische Konsul in Belgrad Wildner aufgezogen.

Berlin, 16. Jan. Die Abordnung des Deutschen Roten Kreuzes nach Belgrad unter Dr. Richard Röhmann-Berlin ist am 14. d. Mts. 8 Uhr 8 Min. vormittags am Anhalter Bahnhof hier wohlbehalten wieder eingetroffen und gestern Abend von der Kaiserin und Königin empfangen worden. Zu gleicher Zeit ist die aus drei Ärzten bestehende zweite Hälfte der 8. Abordnung des Deutschen Roten Kreuzes (im ganzen 5 Ärzte), der Kaiserin vorgestellt und verabschiedet worden. Diese Abordnung ist auf Anfordern und auf Rechnung des Serbischen Roten Kreuzes zusammengestellt und ausgerüstet worden, steht unter der Leitung des Privatdozenten für innere Medizin Dr. Boehme-Kiel und ist zur Bekämpfung der Infektionskrankheiten vorläufig in Nisch und Branje-Serbien bestimmt. Zwei Ärzte, Dr. Malade-Treptow a. T. und Oberarzt Dr. Waldmann-Wilchen, sind bereits am 11. d. Mts. vorausgereist. Dr. Boehme, Dr. Tärde-Berlin-Wilmersdorf und der Assistent am Institut für Infektionskrankheiten Dr. Meier-Berlin folgten ihnen gestern Abend.

Wien, 17. Jan. Der Kronprinz wurde durch königliches Dekret zum Höchstkommmandierenden der Armeen in Mazedonien und Epirus ernannt.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 17. Januar.

Kurze Anfragen stehen zunächst auf der Tagesordnung der heutigen Reichstagsitzung. Die erste Anfrage, die der Sozialdemokrat Siebel stellt, bezieht sich auf die Entscheidung der Regierung, welche die Betriebspensionskasse der Fa. Krupp in Essen nicht als Zuschlag oder Ersatzklasse im Sinne des Versicherungsgesetzes, sondern als Lebensversicherungsunternehmen anerkannt habe.

Nach der Erinnerung des Direktors im Reichsamt des Innern, Caspar, ist das Direktorium der Reichsversicherungsanstalt überhaupt nicht in die Lage gekommen, zu der Frage Stellung zu nehmen, ob die Betriebspensionskasse als Zuschlag oder Ersatzklasse in Frage kommt. Sie ist lediglich darüber gefragt worden, ob die Kruppische Pensionskasse Lebensversicherungsunternehmen im Sinne des § 360 darstelle, worauf eine bejahende Antwort erteilt worden ist.

Auf die gestern bereits mitgeteilte Anfrage des Sozialdemokraten Reichmann wegen des Schutzes der in der deutschen Tabakindustrie beschäftigten Heimarbeit, erwiderte derselbe Regierungsvertreter, daß eine entsprechende Vorlage dem Reichstage möglichst bald zugehen soll. Der Entwurf ist im Reichsamt des Innern ausgearbeitet worden und unterliegt den Beratungen der Ressorts. Bezüglich der Frage von Sachanschlüssen erklärt Ministerialdirektor Caspar, daß der Bundesrat bisher noch nicht Gelegenheit gehabt habe, sich mit der Frage von Sachanschlüssen zu beschäftigen.

Die dritte Anfrage, die vom Abg. Wandert (Soz.) gestellt ist, bezieht sich auf den Gebietsaustausch zwischen Großherzogtum Sachsen und dem Herzogtum Sachsen-Weimungen und die dadurch gebotene Aenderung der Reichstagswahlkreise.

Der Direktor im Reichsamt des Innern, Lewald, erwidert, daß die beiden sächsischen Regierungen bereits eine Aenderung der Reichstagswahlkreise in Anregung gebracht hätten und daß eine Vorlage vorbereitet werde.

Auf die Anfrage des Sozialdemokraten Stoll, ob Oesterreich-Ungarn seine Zustimmung zu der Erhebung von Schiffsabgaben auf der Elbe bereits erklärt habe, entgegnet Direkt. Geh. Legationsrat Lehmann, daß Oesterreich-Ungarn seine Zustimmung bisher nicht erklärt habe.

Schließlich fragen noch die Abgg. Vietmeyer und Behrens (Wirtsch. Bgg.), ob die Heimarbeit in der Tabakindustrie reichsrechtlich verboten werden soll, worauf der Direktor des Reichsamts des Innern,

Caspar, mitteilt, daß nicht beabsichtigt ist, ein solches Verbot zu erlassen. Alsdann geht die Debatte über den Etat des Reichsamts des Innern weiter.

Der heutige erste Redner ist der holländische Lehrer Hoff (Bp.), der auf den gestrigen staatsrechtlichen Exkurs des Staatssekretärs zurückkommt. Er meint, daß man mit diesen Erklärungen über das Verhältnis Preußens zum Reich einverstanden sein könne, wenn die Politik beider Parteien einheitlich wäre. Tatsächlich lasse man aber bei der Politik diesen Zweck nicht erkennen. Man könne auf diese Weise keinen Respekt vor der einheitlichen deutschen Politik haben. Der Redner sucht dann darzutun, wie die gesamte preussische Politik unter dem Druck der Agrarier stehe, dem sogar der Wille des Kaisers weichen müsse, wie das die Kanalvorlage und Deutschlands innere Kolonisation beweise.

Weiter beschäftigt sich der Redner mit dem Zusammengehen mit der Sozialdemokratie, wobei er besonders den Fall Bolko bespricht. Dieser konservative Abgeordnete habe sogar zwei Abkommen mit der Sozialdemokratie abgeschlossen und zwar nicht mündlich, sondern schriftlich. Das eine Abkommen seien die allgemeine Stichwahlbedingungen gewesen, die auch der Kandidat der Linken unterschrieben habe. In dem anderen Abkommen erklärte sich Herr v. Bolko bereit, gegen jede Erhöhung der Industrieuern zu stimmen.

Das sei unter Vermittlung des sozialdemokratischen Führers und zwar bei Herrn v. Bolko selbst geschehen. Der Redner fordert v. Bolko auf, hier im Reichstag mit einer Antwort, die Hörner und Bäume habe, sich über diesen Fall zu erklären.

Der Redner geht schließlich auf die Zollpolitik ein und fordert, daß die Zölle allmählich abgebaut werden, daß aber auf keinen Fall eine Erhöhung der Zölle vorgenommen werden soll.

Berlin, 17. Jan. (Von unv. Berl. Bur.)

Vom Sozialdemokraten Klübe ist eine neue Anfrage eingebracht worden, die folgenden Wortlaut hat:

„In dem Herrn Reichskanzler bekann, daß die Ergebnisse der am 15. November 1904 im Deutschen Reich vorgenommenen Erhebung über die Lohnbeschäftigung von Kindern im Haushalt sowie in der Landwirtschaft und deren Nebenbetrieben bisher mit Ausnahme von Bayern noch nicht veröffentlicht worden sind? Gehört der Herr Reichskanzler die alsbaldige Veröffentlichung zu veranlassen.“

Berlin, 17. Jan. (Von unv. Berl. Bur.)

„Im Etat des Reichsamts des Innern haben die Sozialdemokraten eine Resolution eingebracht, wonach der Reichstag beschließen soll, die verbündeten Regierungen zu ersuchen, eine Reichskonferenz zur Bekämpfung und Erforschung der Säuglingssterblichkeit zu gründen.“

Die Petrofalkommission.

Berlin, 17. Jan. (Von unv. Berliner Bureau.) Die Petrofalkommission des Reichstages setzte heute die allgemeine Aussprache fort. Die Regierung gab wie in der vorigen Sitzung vertrauliche Mitteilungen über die Beträge, zumeist ohne die Namen der Werke zu nennen. Das Zentrum wünscht eine Erörterung darüber, ob nicht mit der Standard Oil Co. ein ständiger Vertrag abgeschlossen werden könne. Man ging darauf einwillen nicht ein. Auf Anfrage teilte die Regierung mit, daß die Ausbeutung auf Benzin und Treiböl zunächst nicht beachtet sei. Es spräche allerdings wänder Gesichtspunkt dafür, aber die in den Motiven zum Ausdruck gekommenen Bedenken seien doch überwiegend.

Die Kaliffrage.

Berlin, 17. Jan. (Von unv. Berl. Bur.) Die gestrige Aussprache über die Kaliffrage setzte sich in der heutigen Sitzung der Budgetkommission des Reichstages in der Hauptsache in einer Erörterung der gestern von fortschrittlicher Seite angekündigten Abänderungsvorschläge fort. Unterstaatssekretär Richter hat dringend um Ablehnung aller dieser Anträge. Einverstanden erklärte er sich eventl. mit dem Zentrumsantrag, der die ausländische Propaganda mit 3 100 000 Mark dotiert und die Entschlagnpropaganda mit 100 000 Mark vergüten will.

Es entspann sich eine ausführliche Aussprache über den Referendums, wobei die Sozialdemokraten dem Unterstaatssekretär durchaus beipflichten, daß jetzt kurz vor dem neuen Gesetze überhaupt keine Änderungen mehr vorgenommen werden sollten. Die Sozialdemokraten stimmten deshalb den Gegenpositionen der Regierung zu.

Das Ergebnis der Abstimmung der Kommission war jedoch die Annahme der erwähnten Zentrumsanträge. Damit schließt die Erörterung der Kaliffrage in der Kommission bis zu der angekündigten neuen Vorlage ab.

Die Patienten finden im Kaffee Hag, dem coffeinfreien Bohnenkaffee, den gleichen Geschmack des Kaffees, ohne eine Erregung des Herzens zu verspüren.

Gebetsrat Grollen v. Leyden. (Vortrag „Herznerose und deren Behandlung“.)

Kurszettel des „Mannheimer General-Anzeiger, Badische Neueste Nachrichten“.

Mannheimer Effekten-Börse.

Table with columns for Obligationen, Pfandbriefe, and Aktien. Lists various securities and their prices.

Aktien Industrieller Unternehmen

Table listing industrial stocks such as Alzheim, Aachener, and others with their respective prices.

Wien, 17. Jan. Nachm. 1.30 Uhr.

Table of stock prices from Vienna, including Kreditaktien, Diskontokomm., and Staatsbahn.

Pariser Produktenbörse.

Table of commodity prices from Paris, including wheat, sugar, and oil.

Berliner Effekten-Börse.

Table of stock prices from Berlin, including Kreditaktien and Staatsbahn.

Anfangskurse.

Table of opening prices for various commodities like Zucker, Kaffee, and Salpeter.

Aktien.

Table listing various stocks under the heading 'Aktien', including bank and industrial shares.

Aktiendeutscher u. ausländ. Transportanstalten.

Table listing transport stocks from Germany and abroad.

Bergwerksaktien.

Table listing mining stocks.

Pfandbriefe.

Table listing mortgage bonds (Pfandbriefe) from various banks.

Privatdiskont.

Table listing private discount rates.

W. Berlin, 17. Jan. (Telegr.)

Table of stock prices from Berlin, including Kredit-Aktion and Diskontokomm.

Marx & Goldschmidt, Mannheim.

Table listing various commodities and their prices, including Atlas-Lohnverein, Badische Feuer- und Lebensversicherung.

Frankfurter Effekten-Börse.

Table of stock prices from Frankfurt, including Kreditaktien and Staatsbahn.

Anländische Effekten-Börsen.

Table of stock prices from other German cities like London and Löhner.

Berliner Produktenbörse.

Table of commodity prices from Berlin, including wheat and oil.

Antwerpen Produktenbörse.

Table of commodity prices from Antwerp.

Staatspapiere. A. Deutsche.

Table listing German government securities.

Pariser Effekten-Börse.

Table of stock prices from Paris, including various bank and industrial shares.

Budapaster Produktenbörse.

Table of commodity prices from Budapest.

Liverpooler Produktenbörse.

Table of commodity prices from Liverpool.

Bank- und Versicherungs-Aktien.

Table listing bank and insurance stocks.

Wiener Effekten-Börse.

Table of stock prices from Vienna, including Kreditaktien and Staatsbahn.

Amsterdamer Produktenbörse.

Table of commodity prices from Amsterdam.

Konkurrenz.

Text regarding competition in the leather industry, mentioning the Offenbacher Leder-Industrie.

Advertisement for Geldverkehr (Money Exchange) services.

Advertisement for Zu verkaufen (For Sale) of a cow.

Advertisement for Gelegenheitskauf (Special Sale) of a cow.

Advertisement for 1 Gasherd (1 Cow) for sale.

Advertisement for 3 adreloje Westen (3 Adreloje Westen).

Advertisement for Milch-Geschäft (Milk Business) in Heidelberg.

Advertisement for Mietgesuche (Rent Requests) in the city.

Advertisement for möbliertes Zimmer (Furnished Room) for rent.

Advertisement for Masken (Masks) for sale.

Advertisement for Champag-Flaschen (Champagne Bottles) for sale.

Advertisement for Blumenkohl (Cauliflower) for sale.

Advertisement for Laden (Shop) for rent.

Advertisement for Ankauf (Purchase) of used clothing.

Advertisement for Stallung (Stable) for rent.

Advertisement for Draisstr. 60 Stallung (Draisstr. 60 Stable) for rent.

Advertisement for Büro (Office) for rent.

Large advertisement for MARCHUM at the bottom of the page.

Stenographischer Reichstagsbericht Mannheimer Generalanzeigers

Mb. Deutscher Reichstag.

92. Sitzung, Donnerstag, den 16. Januar 1913.

Am Bundesratsitz: Dr. Delbrück, Kühn.

Präsident Kaempf eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 15 Min.

Etat des Reichsamts des Innern.

(Vierter Tag.)

Abg. Dr. Haegy (Chäffler):

Die Angriffe, die hier gegen meine Freunde laut geworden sind, nötigen mich, die Stellungnahme meiner persönlichen Freunde zu den Konferenzvorträgen, die der Abg. Wetterlé auf Einladung in Frankreich gehalten hat, hier kurz zu sagen. Die Berichte darüber haben in der deutschen Presse eine große Aufregung hervorgerufen, und diese Aufregung ist auch in den Äußerungen verschiedener Abgeordneter zutage getreten. Der Abg. Müller-Reinigen besonders glaubt die Vorträge des Wetterlé der Zentrumsfraktion des Reichstags zur Last zu legen. Wer die Verhältnisse kennt, weiß, daß Wetterlé der Zentrumsfraktion des Reichstages nicht angehört. Jeder die Rede Wetterlé liegend aber authentische Berichte darüber nicht vor. Herr v. Camp hätte warten können mit seinem Urteil, bis das der Fall war. Ich meine, daß über dergleichen Dinge, wie sie Wetterlé in seinen Vorträgen gesagt haben soll, erst sorgfältig authentisches Material vorliegen müßte.

Ich und meine Freunde stehen auf dem Standpunkt, daß den elsass-lothringischen Abgeordneten die Aufgabe zufällt, in dem ganzen Verhältnis zwischen Deutschland und Frankreich die Verhältnisse zu wirken. (Lachen.) Die Vorträge meiner Parteifreunde, die über die Verhältnisse und Stimmungen in Elsass-Lothringen aufklären, können in Frankreich nach jeder Hinsicht günstig wirken. (Zweifellose Zustimmung.) So sehr die Stimmungen bei uns im Lande auch den Erwartungen von deutscher Seite nicht entsprechen, so sind sie doch andererseits geeignet, bestimmte Hoffnungen der Gegenseite herabzumindern. Die Erfahrung kann in dieser Hinsicht unterrichten, wie die Dinge in Elsass-Lothringen liegen. Es ist nicht ganz unvorteilhaft hier festzustellen, daß schon ein anderer Abgeordneter unserer Fraktion Delbrück vor etwa acht Jahren, als er bei einer elsässischen Weisungskommission in Nancy einen Vortrag gehalten wollte, von dem Weisungsausschuß abgelehnt wurde. Das geschah allerdings, weil sein Vortrag den Nachbarn, die damals regierten, vom Ministerium Combes nicht in den Kram paßten. Erst in den letzten Wochen wurde die Aufhebung dieses Beschlusses zurückgenommen.

Die Stimmung in Elsass-Lothringen könne bei politischen Gegnern unliebsam empfunden werden. Sollten wirklich die Vorträge auf französischem Boden die Geister stark aufwachen, dann würde ich, und mit mir meine Parteifreunde, darüber unser schärfstes Bedauern ausdrücken. (Gelächter.) Von dergleichen Dingen will ich mir niemand etwas wissen. Die Sentenzen, die dadurch hervorgerufen werden, läßt es allerdings als wünschenswert erscheinen, daß die Vorträge lieber nicht gehalten worden wären. Das haben die Mütter unserer Partei schon unumwunden zugestanden und wir sind auch dieser Ansicht. Tatsächlich hat auch der Kollege Wetterlé selbst seine Vorträge abgebrochen und hat seinen Vortrag von einem Bekannten vorlesen lassen. In der Presse wurde nun unterstellt, er habe das getan, weil er befürchten mußte, sonst sei seiner Rückkehr nach Deutschland innerhalb der ersten 24 Stunden nach Abhaltung des Vortrags trotz seiner Immunität verhaftet zu werden. Wenn ich auch annehme, daß die Staatsanwälte in Elsass-Lothringen nicht so rasch zugegriffen hätten. Aber jedenfalls kann ich diese Unterstellung zurückweisen und erklären, daß er die Vorträge ohne Unterbrechung abgelesen hat, weil ihm die Unterbrechung einzelner Sätze keine Sensation nicht lieb war. (Lachen und Gelächter rechts und bei den Rb.)

Heutzutage haben die französischen Mütter von dem Vortrag Wetterlé nur ganz nebenher Notiz genommen. Erst der „Matin“ hat einen sensationellen Aufbruch für gut befunden. Aber die Darstellung des „Matin“ stimmt mit den Tatsachen nicht überein. Es wurde so dargestellt, daß Herr Wetterlé am Schluß seines Vortrags gesagt habe: Wir haben im Elsass große Fortschritte in der Erlämpfung der Freiheit gemacht und hoffen noch weitere Fortschritte zu machen. Der „Matin“ fügt hinzu, der Applaus nach diesen Worten habe stürmisch ergolten, was Wetterlé damit gemeint hat. Ich kann aber feststellen, daß Wetterlé dergleichen nicht gesagt hat. Man kann es uns im Elsass nicht verargen, wenn wir die auf 100-jähriger Gemeinschaft beruhenden Familien- und gesellschaftlichen Beziehungen aufrecht erhalten wollen. Und ich darf darauf hinweisen, daß ähnliche Bestrebungen wie die einer Verständigung zwischen Deutschland und England auch bei uns im Gange sind. Elsass kann und will das wirkliche Bindeglied einer freundschaftlichen Entente sein, in welcher die endgültige Sicherung des Weltfriedens eine feste Basis finden könnte.

Ich und meine Freunde bedauern es auf das Lebhafteste, daß die sogenannte elsässische Frage immer wieder als drohendes Gespenst am Friedenshimmel auftaucht. Wir meinen, daß der Krieg von 1870 der letzte gewesen sein sollte, der die glücklichen Gefilde unseres Heimatlandes getränkt hat mit dem Blute zweier Völker, die geschieden sind, sich zu verstehen und mit einander in ehrem friedlichen Wettstreit zu arbeiten an dem Fortschritt der Zivilisation. Wir können von uns persönlich sagen, daß alle friedensstrebenden Tendenzen bei uns auf strotzende Ablehnung stoßen. Ich hoffe, daß die Herren hier im Hause trotz dieses nicht weltbewegenden Ereignisses der Vorträge des Kollegen Wetterlé ihr kühles Blut bewahren werden. Sie werden doch nicht gewisse Beamtenkreise im Elsass nachahmen wollen, die in Aufregung geraten, wenn einmal bei einem Ausflug nach Frankreich die Elässer stürmisch begrüßt werden. Davon wird doch der massive Bau des Deutschen Reiches keine Erschütterung erfahren. Ob für Herrn Wetterlé in Zukunft noch ein Platz im Deutschen Reichstag sein wird, das muß Herr v. Camp den Wählern des Wahlkreises Reppoltsweiler überlassen. Wedrigens kann Herr v. Camp oder einer seiner Freunde künftig dort kandidieren, die Bahn ist frei. Anfügen möchte ich nur, daß doch auch ein Abgeordneter einer anderen Partei die Vertretung einer französischen Zeitung übernommen hat. Trotzdem hat er sich im Deutschen Reichstag unsere Opposition gegen die Regierung hat mit irgend welchen Sympotien für unser Nachbarland nichts zu tun. Diese Opposition ist begründet durch die Mißgriffe der Regierung, die auf Herrn v. Müller zurückgehen. Wir fühlen uns davon abgehoben und erblicken darin ein Symptom der Verdrückung unserer Partei.

Der Redner kommt dann auf die kurze Anfrage des Abg. Dr. Müller-Reinigen über die Straßburger Universitätsverhältnisse zu sprechen, wird aber vom Präsidenten darauf aufmerksam gemacht, daß dies nicht zum Gegenstand der Tagesordnung gehöre. Die Anregungen zur Weiterführung der Sozialpolitik unterziehen wir auf das Lebhafteste. Es besteht die Gefahr, daß sich Frankreich von anderen Ländern überholen läßt. So ist in Frankreich die Altersgrenze für die staatliche Versicherung auf 60 Jahre festgesetzt. Bei uns aber ist dafür kein Geld vorhanden. Der Redner wendet sich dann der Frage des Nebenausgleichs zu und schließt:

Mit Befriedigung stelle ich fest, daß der Staatssekretär sich in Elsass-Vorträgen persönlich vom Stand der Dinge überzeugt hat. Möge sich die Berliner Regierung auch sonst ihre Informationen selbst holen und sich nicht auf eine gewisse Presse verlassen.

Abg. Hoch (Soz.):

Hätte die Zentrumspartei nicht so oft verlangt, so hätten wir in der Sozialpolitik schon viel mehr erreicht. An der sozialen Frage wird nur nach dem Wohlstand der Großen ist in die Hunderte von Milliarden gestiegen, das ist die vollkommenste Ausbeutung des arbeitenden Volkes. Hunderte von Millionen werden aus der Arbeit der Massen gezogen. Der Mittelstand wird aufgerieben und kommt in die Abhängigkeit des Großkapitals. Wenn man den Deuten vorredet, man könne ihnen noch helfen, belügt man sie. Nicht Jährtausende soll man dem Steigende des Großkapitals in den Weg spannen, sondern die Entwicklung weiterführen zum sozialistischen Staat. Die Sozialpolitik hat den Betrieb der Landwirtschaft mehr verteuert, als die Einnahmen gewonnen sind. Die Abnahme der Bevölkerung beruht auf der Mangel eines großen Teils des Volkes. Und bei diesen Zuständen unternehmen die Konterpartien einen energischen Vorstoß gegen die Grundrechte der Arbeiter, um sie zu knechten und wehrlos dem Großkapital auszuliefern. Leider steht Graf Westphal mit seinem Vorschlag nicht allein. Auch der Staatssekretär Dr. Delbrück hat eine eigenartige Stellung dazu eingenommen. Er hat die Rede des Grafen Westphal als eine Entgleisung angesehen. Ich glaube, mit dieser Rede hat er den Befähigungsnachweis dafür erbracht, auch an höheren Stellen, etwa als preussischer Justizminister, die Geschäfte der Schlichter zu besorgen.

Beim Streit im Führerbüro wurde eine Mutter mit ihrem Säugling ins Gefängnis gesteckt, weil sie einem Arbeiter Streikbrecher und Psiu zugerufen hatte. Ein solcher Rechtszustand ist eine Schmach und Schande. Die Entziehung über den Terrorismus der Arbeiter ist nur eine ideologische Komödie. Die Arbeitgeber treiben einen viel schlimmeren Terrorismus. Die Konterpartien sind heute immer mehr zu einer Söldnertruppe des Großkapitals geworden. Der Staatssekretär Delbrück hat sich in seinen sozialpolitischen Bestrebungen immer von Preußen gebettet. Als auf Antrag des Abg. Westphal diese Erklärung dann zu Protokoll genommen werden sollte, hat er sie allerdings erheblich abgeschwächt. Die Mitteilung des Materials des Abg. Hoch. Die mir zur Zeit der Kommissionen nach garricht bekannt war, gibt eine interessante Illustration dazu, wie sehr der Staatssekretär eine untergeordnete Stelle der Schärpe des preussischen Ministers ist. Die nächsten preussischen Landtagsparlamente mühen das deutsche Reich vor dem Abdruck der preussischen Unterthenschafft befreien. (Beifall bei den Soz.)

Staatssekretär des Innern Dr. Delbrück:

Ich muß mich gegen die Ausführungen des Vorredners wenden, daß ich meine Bemerkungen in der Budgetkommission die ich auf Wunsch eines seiner Parteifreunde zu Protokoll gegeben habe, wesentlich abgeschwächt hätte. Ich habe an dem von der Budgetkommission angefertigten Korrekturabzug an den maßgebenden Stellen nichts geändert. (Zuruf des Abg. Hoch.) Es ist ja möglich, daß ich den Abg. Hoch mißverstanden habe und ich stelle hier nur fest, daß ich nicht mit dem Bureau des Reichstags angefertigten Protokollentwurf nicht geändert habe. Ich habe mich nicht über die Schwierigkeiten, die mir von Preußen gemacht wurden beklagt, sondern ich habe lediglich darauf hinweisen wollen, daß die Fertigstellung eines Gesetzentwurfes im Deutschen Reich auf Grund seiner eigenartigen staatsrechtlichen Struktur immer auf große Schwierigkeiten stößt.

Der heutige Artikel des Abg. Gothein im „Berliner Tageblatt“ „Reichsämter und preussische Staatsministerien“ nötigt mich, auf diese Dinge einzugehen. Im Bundesrat kann jede der Regierungen durch ihren Bevollmächtigten Anträge stellen. Damit ist auch Herr Gothein einverstanden. Der normale Weg und die ursprüngliche Entwicklung geht dahin, daß mit Rücksicht darauf, daß Preußen der führende Bundesstaat ist, daß der Vorsitzende des Bundesrats gleichzeitig preussischer Bevollmächtigter und Ministerpräsident ist, seine Anträge unter der Ägide preussischer Anträge gehen, ebenso wie bayerische, württembergische unter dem Namen ihrer Regierungen. Tatsächlich hat sich nun aber nicht der Form, aber der Sache nach eine Art Reichsregierung entwickelt. Das mußte geschehen mit dem Augenblick, wo durch das Stellvertretergesetz dem Reichszentralamt ein händiger Stellvertreter mit Ministerverantwortlichkeit zur Seite gestellt wurde.

Tatsächlich ist durch dieses Gesetz der Reichszentralamt entlastet worden, nicht nur hinsichtlich der Arbeit, sondern auch der Verantwortlichkeit, daß die einzelnen Staatssekretäre für alle Angelegenheiten ihrer Ressorts die volle Verantwortlichkeit in jeder Beziehung zu tragen haben. Daraus ergibt sich ferner, daß die Vorlagen, die früher in den zuständigen preussischen Ministerien ausgearbeitet wurden, heute in der Regel in den betreffenden Reichsämtern ausgearbeitet werden. Bei diesen staatsrechtlichen Verhältnissen können die Vorlagen an den Reichstag nicht anders kommen, als durch einen Bundesstaat und mit seiner Ermächtigung. Der Reichszentralamt als solcher hat im Bundesrat keine Anträge zu stellen, sondern als preussischer Vertreter formell. Tatsächlich aber werden in zahlreichen Fällen sogenannte Präsidialvorlagen eingebracht, das heißt, Vorlagen des Reichszentralamts bzw. der einzelnen Ressorts. Aber dergleichen Präsidialvorlagen können von uns, die wir preussische Bevollmächtigten sind, nicht eingebracht werden, da wir nicht der Zustimmung des preussischen Staatsministeriums sicher sind, das verantwortlich ist für die Zustimmung seiner Stimmen im Bundesrat. Daraus ergeben sich zwei Wege; entweder wird auf Antrag Preußens ein preussischer Entwurf eingebracht oder eine Präsidialvorlage, das heißt, die Vorlage wird in dem betreffenden Reichsamt ausgearbeitet, und dann wird durch Verhandlungen mit dem zuständigen preussischen Ressort festgestellt, daß dieses damit einverstanden ist. Es wird die Ermächtigung des Ressorts eingeholt,

der nach erfolgtem Bericht sein Einverständnis mit dem preussischen Ministerium erklärt.

Einen anderen Weg gibt es nicht; in dem einen wie dem anderen Fall aber ist die Reichsleitung genötigt, die Zustimmung Preußens beizubringen. Diese staatsrechtlichen Verhältnisse sind nach Lage der Verfassung nicht auszuweichen und sollen auch gar nicht befeitigt werden. (Chal bei den Soz.) Das deutsche Reich ist aufgebaut auf dem Gedanken, daß Preußen der führende Bundesstaat ist und daraus ergibt sich ohne weiteres, daß die preussische Politik und die Politik des Reiches nach einheitlichen Gesichtspunkten und mit denselben Zielen geführt werden muß. (Lachen bei den Soz. Jurur; Wahlrecht.) Das Gegenteil würde die staatsrechtlichen Grundlagen des Deutschen Reiches befeitigen. (Erneute Lachen und Jurur.) Auf dem Boden des Bundesstaates ist das Deutsche Reich aufgebaut. Darin, daß die Rechte der einzelnen Bundesstaaten nicht beeinträchtigt werden, liegt die verfassungsmäßige Garantie für die Einzelstaaten. Die Bezugnahme auf das Wahlrecht ist also vollkommen unzutreffend.

In beiden Fällen ist aber die Zustimmung der Mitglieder des Bundesrates erforderlich. Die ist nur möglich, nachdem die Bevollmächtigten von ihren Regierungen informiert worden. Die Regierungen prüfen die Vorlagen im Hinblick auf die besonderen Rechte der Einzelstaaten, auf ihre besonderen wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse. Auch das ist nötig. Diese Art gereicht dem Reiche nicht zum Schaden, sondern zum Nutzen. Denn die sorgfältige Mitarbeit aller Bundesstaaten gibt die Garantie, daß die Verschiedenartigkeit der Interessen im weiten Deutschen Reich berücksichtigt werden und auf ihre Rechnung kommen können. In dieser Einrichtung ist nicht zu rühnen. Die Kompliziertheit aller Faktoren bringt gewiss große Schwierigkeiten und bringt gewiss manche Schwächen mit sich. Schon Herr Bismarck hat sich darüber bitter beklagt, aber er ist nie auf den Gedanken gekommen, daß diese Schwierigkeiten etwa beseitigt werden könnten durch eine Abänderung der Verfassung hinsichtlich der föderativen Grundlagen des Reiches. Das muß ich aufs allerentschiedenste feststellen.

Der Abg. Hoch hat Klage geführt über die Kompliziertheit unserer Arbeiterschaft. Ein ähnlicher Vorwurf, der von der Arbeiterpresse weiter getragen wurde, ist fast gleichzeitig von ganz anderer Seite erhoben worden, in einer Broschüre des Professors Bernbard. Tatsächlich ist nicht in Klage zu stellen, daß unsere Arbeiterschaft kompliziert ist und daß ihre Durchführung Schwierigkeiten verursacht. Das kommt aber nur daher, daß schon im Reichstag jede einzelne Partei, vor allem aber die Vertreter der Arbeiterinteressen, darauf besteht, jeden nur irgendwie möglichen Fall mit größter Sorgfalt zu berücksichtigen. Das beste Beispiel dafür ist die Reichsversicherungsordnung. Je komplizierter ein Gesetz ist, desto schwerer wird seine Anwendung. Die Schuld liegt also nicht an der Regierung, sondern an der eigenartigen Entwicklung unserer sozialpolitischen Gesetzgebung. Sicher hätte ich den ungeheueren Widerstand gefunden, wenn ich z. B. für die Reichsversicherungsordnung eine einheitliche Grundlage vorgeschlagen und damit alle bestehenden Einrichtungen von Grund auf umgestürzt hätte.

Auch der Wunsch der Sozialdemokratie, die Arbeiterschutzgesetze von paritätisch besetzten Organen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer anzuwenden zu lassen, ist unbedenklich, weil die Sozialdemokraten ihre Ziele nicht ohne politischen Beistand und ohne die Tendenz, die bestehende Staatsordnung auf den Kopf zu stellen, verfolgen. Wir können die Ausführung der Gesetze nicht einer Partei überlassen, die, wenn sie auch heute milder ist als noch vor 30 Jahren, doch neben ihren wirtschaftlichen eine Reihe von politischen Forderungen aufstellt, die den Widerstand des ganzen Vaterlandes hervorzurufen müssen. Wir dürfen nicht Gesetze, die zum Wohl der Arbeiter erlassen sind, zu politischen Zwecken ausnützen lassen. Daß das aber geschieht, beweist am besten das Beispiel der Sicherheitsmänner. Diese meiner Initiative entsprungene Institution war als eine rein technische gedacht. Tatsächlich aber haben die Sozialdemokraten eine politische Sache daraus gemacht — das beweist jede Wahl von Sicherheitsmännern — und haben dadurch den Hauptzweck des Gesetzes von vornherein vereitelt. Wenn Sie in diesen Ausführungen einen Vorstoß gegen die Sozialdemokratie erblicken, so antworte ich Ihnen: Denn erzwungener Gegenstand.

Ueber die Mittelstandsfragen habe ich mich im Vorjahre sehr eingehend ausgesprochen und möchte im allgemeinen auf diese Ausführungen verweisen. Der Abg. Frh hat mit einem gewissen Recht gegen die Regierungen den Vorwurf erhoben, sie seien nicht aus den Erwägungen heraus gekommen und hätten keine Taten aufzuweisen. Ein typisches Beispiel dafür, wie schwierig es ist, sozialpolitische Forderungen in die Wirklichkeit umzusetzen, ist die Frage der zwanjgjährigen Beurlaubung der Großindustrie zu den Kosten der Lehrlingsausbildung.

Bei meinen wiederholten Besprechungen mit den Vertretern des Handwerks haben diese selbst anerkannt, daß sie den finanziellen Effekt ihrer Forderung erheblich überschätzt hätten. Man einigte sich schließlich dahin, daß die Handwerks- und Handelskammern zur Erledigung dieser und anderer gemeinsamer Angelegenheiten zusammenarbeiten wollen. Ich freue mich dieser durch meine Vermittlung zustande gekommenen Einigung und werde auch an einer gesetzlichen Regelung arbeiten, wenn sie sich als notwendig herausstellen sollte.

Die Forderung einer Aufhebung des § 100 q wird zwar oft wiederholt, ich habe aber den Eindruck, als ob die Erkenntnis von den Vorteilen dieses Paragraphen und von der Schwierigkeit seiner Aufhebung in immer weitere Kreise des Handwerks gebrungen ist. Bei der Handwerkerkonferenz wurde die Frage des § 100 q auf Wunsch der Handwerksvertreter von der Tagesordnung abgesetzt. (Hört! hört!) Bei der späteren Konferenz ist die Einigung nicht an dem Mangel meines guten Willens gescheitert, sondern daran, daß die Beteiligten sich selbst nicht einig werden konnten, in welcher Form das Problem gelöst werden könnte. Die Forderungen auf Reform des Submissionswesens werden am besten durch Maßnahmen der Landesregierungsbehörden erfüllt, wie dies in Preußen schon durch zwei Erlasse des Ministers der öffentlichen Arbeiten geschehen ist. Eine reichsgesetzliche Regelung dieser Frage kann ich nicht in Aussicht stellen. Die Frage, ob die Handwerkerergänzung hinsichtlich der Organisation des Handwerks einer Ergänzung bedarf, bin ich geneigt zu bejahen. Ich denke, bald mit einer Vorlage zu kommen, die besonders die sehr dankenswerten Anregungen der Denkschrift des Handwerks- und Gewerbesammlerorgans berücksichtigt. Ich werde vorher eine Besprechung mit den Vertretern des Handwerks veranstalten und dabei wird auch die Frage des § 100 q noch einmal zu erörtern sein. Die Handwerksorganisation findet meine warmste Unterstützung.

Ehemann oder Cavalier?

Wenn der Brautstand auch nicht immer den Höhepunkt im Leben des jungen Mädchens bedeutet, für den er im allgemeinen gilt — da er für viele Bräute eine Unsumme von Arbeit und Vorbereitungen der nachfolgenden Hochzeit mit sich bringt — so befindet sich doch dieses meist im Zustand eines gesteigerten Glücksgefühls und der Erwartung der nun endlichen Vereinigung mit dem „Gestirnten“, die höchstens noch durch die jarten Aufmerksamkeit des Bräutigams erhöht zu werden vermag. Welcher Bräutigam erfüllt zu werden vermag. Welcher Bräutigam bemühte sich wohl auch nicht, seiner Ausgewähl-ten dann nach der Hochzeit, bezw. den „Hinterwäldern“, häufig genug ein Umschlag in den Gehäusen der Neudennüßten eintritt, ist dann meist die, wenn auch nicht immer unausbleibliche Abspannung nach all dem seelischen Uebermaß der jungen Eheleute und es kommt jene kritische Zeit, wo sie (wie Später behaupten) bezüglich ihrer Schwächen „sehend“ werden, gegen die sie die Liebe vorher meist „blind“ gemacht.

Bei gerechter Beurteilung ihrer gegenseitigen Anlagen müssen sich beide allerdings sagen, daß niemand vollkommen ist, so sehr man es auch von dem Gegenstand seiner Reizung wünscht, aber — man ist doch etwas erschütert und der Alltag beleuchtet so mancherlei ganz anders, das die Tage der Glückserwartung mit ihrem rosigen Schein verklärten.

Ist es da ein Wunder, daß manche junge Frau in ihrer Ernüchterung, und gewohnt, rein gefühlsmäßig zu handeln, sich zu unbefonnenen Aeußerungen hinreißen läßt, die den gekränkten anderen Teil dann zu Entwürfungen veranlaßt, die ein kavaliermäßig handelnder Mann nach der Meinung einer Frau nicht geben dürfte?

Der so gestürzte erste Schritt ist da. — Und wenn auch nach seiner Austragung die Verführung heilenden Balsam in die Seelen der Verlegten gießt, es bleibt doch ein heimlicher Stachel zurück, der bei Gelegenheit den betreffenden Teil immer wieder daran erinnert, daß der andere Schwächen gezeigt, die er nicht bei ihm vermutete.

Der meist objektiver urteilende Mann wird sich nun sehr bald über diese Enttäuschung hinwegsetzen, da er auch durch seinen Beruf mehr abgelenkt wird, der ihn jetzt vollum in Anspruch nimmt, zumal er die vermehrten Kosten seiner Haushaltführung durch Erhöhung seiner Einkünfte weit zu machen sucht.

Die Frau aber, mit der feineren Differenzierung ihres Gefühllebens und in der Enge ihres häuslichen Kreises, ist nur zu leicht geneigt, noch unter dem Einfluß derselben stehend, den Worten und Handlungen ihres Gatten eine verletzende Deutung zu geben, die in Wirklichkeit gar nicht beabsichtigt war. Eine Ausrufung wird sie gütlichfalls über ihren Irrtum aufklären, sie aber doch oft in der falschen Meinung beharren lassen, daß sein jetzt so verändertes Verhalten, an der Aufmerksamkeit gemessen, die ihr im Brautstand von ihm zuteil wurde, eine Mißdeutung auslöste. Er sei eben kein Cavalier mehr, sondern nur noch Ehemann, der nicht mehr daran denke, die Pflichten des letzteren auch in der Ehe noch zu erfüllen.

Kann wird allerdings der Begriff dieses Wortes recht verschieden gedeutet. Versteht diese Frau darunter zuvorkommendes, aufmerksames Wesen, so geht nach der Meinung der anderen eleganten Ausreiter, Sicherheit der Formen, geübte Unterhaltungsgabe und ähnliche hervorzuhebende Eigenschaften mehr dazu. Ja es gibt Mädchen, die diese Eigenschaften an dem zukünftigen Ehemann ungleich höher einschätzen, als einen selbstlosen Charakter, Lauterkeit der Gesinnung und des Wesens. Sie verlangen eher einen Cavalier gelegentliche „Trungen“ und Seitenstöße, als dem Geliebten ihres Herzens den Mangel an Kavalierereigenschaften.

Den meisten Frauen erhöht sich ihr Maß umsonst, als sie ihren Erwählten auch als eleganten Mann bewundern können und — um dieser seiner Eigenschaften willen — von ihrem Schwelgere fernhalten zu können. Umso tiefer liegen sie dann in der Ehe aus dem Himmel ihrer Illusionen, wenn der bewunderte Held gar zu viele „menschliche“ Schwächen aufweist und in der Ehe, jedes Zwanges ledig, sich endlich einmal frei und ungezwungen gibt. Sie können es nicht fassen, daß die an ihm bewunderten Eigenschaften nur äußerer Schein gewesen, der wie spröder Laub abblättert, sobald er einmal zum verächtlichen „Abstrich“ desselben beigetragen, indem sie nach und nach alles außer Acht ließen, was ihn bisher an ihnen entzückte. Übersehen sie dabei völlig. Sie besaßen nur den Schein der bisher an ihm geschätzten Vorzüge, und von diesem Gesichtswinkel aus betrachtet, wird alles vorzügliches seines Wesens in den Schatten gestellt und vermag sie nicht dafür zu entschädigen, was sie dort verloren. Gelingt es ihnen nicht, in dieser Zeit besonders scharfer Kritik seines Verhaltens, den guten, geliebten

Kern seines Charakters zu finden und höher zu stellen, als die von ihm jetzt mehr vernachlässigte äußere Form, so ist es selten möglich, ihr Ehe-schiff in ein erträgliches Fahrwasser zu leiten. Ja bei genauer Prüfung würde man finden, daß bei den meisten Ehen, welche später gewalt-sam der Scheidung entgegengetrieben, der erste An-lauf zu dieser, im Sichgehenlassen des Ehegatten lag. Das soll durchaus kein Vorwurf gegen ihn sein und ihm auch nicht die Schuld an vielen Ehe-scheidungen allein zugemessen werden, sicher ist jedenfalls doch, daß ein großer Teil unglücklicher Ehen es deshalb wurde, weil in den mancherlei Situationen der liebende Gatte sich mehr als Mensch und weniger als rücksichtsvoller Cavalier erwies. Mag diese seine Unterscheidung für die Frau ein Vorwurf, mag es zu tadeln sein, daß sie die Ritterlichkeit des Mannes höher einschätzt, als sie es wirklich verdient, so muß doch hervor-gehoben werden, daß jene Ehen, die aus recht profanen Gründen geschlossen wurden, in denen aber der Ehemann den Cavalier nie ver-leugnet, sehr häufig glücklicher verlaufen als jene, in denen bei gegenseitiger Liebe der Mann nach und nach alle Rücksichtnahme gegen seine Frau verläßt.

Wenn jeder Mann daran dachte, daß die Frau auch in der Ehe ihn nicht nur lieben, sondern auch bewundern will, dann würde er wahrschein-lich schon aus „Rücksicht“ sich stets so zeigen, daß sie in dem angenehmen Vertrauen lebt: dein Erwählter ist Ehemann und Cavalier.

Elisabeth Thelemann.

Die Rechtlosigkeit der alten Jungfer.

Die Rechtlosigkeit der alten Jungfer, die sich trotz der Frauenbewegung noch immer in unserem geselligen Leben allzu merklich und häufig bemerkbar macht, veranlaßt Hans Arnold in der illustrierten Wochenzeitschrift „Die Deutsche Frau“ (Verlag der Deutschen Frau-Verhagen u. Klasing) Leipzig) zu erwägenswerten Betrachtungen, denen wir folgende Stellen entnehmen:

Wie oft hört und erlebt man im weiteren und engeren Familienkreise, daß die unglückseligste Empfindung herrscht, die unverheiratete Tochter und Schwester müsse eigentlich nur für andere Leute auf der Welt sein! Mit welcher Unbegreiflichkeit verflucht man über die Kräfte und die Zeit der Alleinsein, und diese erntet meist nicht einmal eine Anerkennung dafür. „Sie kann ja froh sein, wenn sie sich nützlich machen darf!“ heißt es einfach. Für die Tochter, die bei den alten, oft schon wunderlichen und kränklichen Eltern bleibt, hat selten oder nie jemand ein Wort der Anerkennung. „Wie gut, daß meine Schwester nicht verheiratet ist“, heißt es da, „wir wissen die Eltern so gut verlor!“ Das gilt deren greisenhaftes Leben, Denken und Fühlen wie eine erkundete Schlingpflanze um die junge — oder doch noch nicht alte Tochter legt, daß sie ihre Wünsche, ihre Ansichten, ihre Tageseinteilung den Anforderungen der Eltern schweigend unterordnet und unterordnet muß, das wird als selbstverständlich angenommen.

Die Rücksichtslosigkeit gegen das alternde und alte Mädchen erstreckt sich auf alle Gebiete, namentlich auch auf die Gesellschaft! Was für ein Unbegriff ist es zum Beispiel, daß beim Anordnen der Tischplätze in Gesellschaften das alternde Mädchen wie ganz selbstverständlich der Frau nachgesetzt wird? Entweder läßt man sie ganz ohne Tischherrscher ihren Platz suchen, oder sie muß ihm und sich nicht zur Freude, mit einem blühenden Herrn zur Tafel geben, der sich oft nicht die Mühe nimmt, seinen Rücken zu ver-biegen, daß ihm keine jüngere Dame zerteilt wurde. Ich habe von dieser Unsitte nur eine, allerdings um so schönere Ausnahme erlebt. Ein sehr vornehmer, sehr hochgeachteter Mann, in dessen Hause zu verkehren sich die Besten der Ge-sellschaft zur besonderen Ehre rechneten, sagte mir einmal in einem Gespräch über gerade diesen Punkt: „Die gesammteste Angelegenheit gegen die alten Mädchen kommt bei mir nicht vor! Sind mehrere junge Frauen und ein altes Mädchen bei mir zu Gast, so führe ich das Fräulein ohne jede Rücksicht auf das Herkommen zu Tisch, und eine Schande ist es, daß ich mit diesem Gebrauche noch allein stehe!“

Miscellen.

Haarentfernungsmittel. Wenn Haare, die an einem unerwünschten Plage aufstehen, auf mechanischem Wege entfernt werden, so ist der Erfolg nur ein scheinbarer, denn es folgt später nur ein um so stärkeres Wachstum. Was das Rasieren anlangt, so rasierten sich nach Dr. Saalfeld mehr Damen als man glaubt; das Rasieren aber hat den Nachteil, daß die Umgebung der Haarstümpfe etwas gerötet wird und infolge dessen bei stärkerer Behaarung die Gesichtsbaut ein schiefes, ungesundes Aussehen bekommt. Von chemischen Enthaarungsmitteln sind am meisten in Gebrauch das Schwefelcalcium und das Schwefelarsen. Das Arsenpigment, eine

Verbindung von Schwefel mit Arsen, wirkt außerordentlich energisch und kommt daher nur noch selten zur Verwendung. Es darf höchstens zwei bis drei Minuten auf der Haut bleiben. Milde wirkt das Böttgerische Depilatorium, das daher längere Zeit auf dem Gesicht bleiben darf. Dr. Saalfeld rät, das erste Mal fünf Minuten zu versuchen und nach Bedarf die Zeit zu verlängern. Für die radikale Entfernung der Haare kommt nur die Elektrizität in Betracht, die sog. Elektrolyse. Neben der radikal ent-ferrten Haare können jedoch immer wieder neue auftreten, da die Haut bei Damen, die an übermäßiger Behaarung leiden, die Neigung hat, neue Haare zu produzieren. Die Elektrolyse ist eine ziemlich anstrengende Arbeit, nicht nur für die Patientinnen, sondern auch für den Arzt selbst. Bei sorgfamer Ausführung dür-fen keine Narben entstehen. Das vor längerer Zeit für die radikale Entfernung der Haare empfohlene Röntgenverfahren ist allseitig ver-worfen worden.

An unsere deutschen Frauen! Der Deutsche Verband für neue Frauenkleidung und Frauen-kultur veröffentlicht in der Januarnummer seines Verbandsorgans „Neue Frauenkleidung und Frauenkultur“ folgenden Aufruf:

Wir machen eine schwere Zeit durch, eine Zeit der Teuerung und der Ueberfüllung der Berufe. Hunderttausende leben in Sorge um das tägliche Brot. Trostlos aber wächst der Gang zum Luxus, er wächst ganz besonders in der Kleidung der Frau. Gegen Lebensmitleidernung und Wohnungsnot sucht man — wenn auch noch in sehr begrenztem Umfang — durch Gesetze, durch Gründung von Genossenschaften usw. neuer-dings einzugreifen. In der Bekleidungsfrage aber können weder Gesetze noch die Gründung von Genossenschaften nützen. Hier hat die Frau als Hauptträgerin des Verbrauchs den größten Teil der Verantwortung, und sie muß zeigen, daß sie die Bedürfnisse für Wohnung, Nahrung und Kleidung richtig abzuwägen versteht. Die Modeindustrie von heute tut aber alles, um durch übertriebene Anforderungen die Kosten für die Kleidung der Frau in eine Höhe zu treiben, die in keinem Verhältnis mehr steht zur sonstigen Lebensführung. Und was das Schlimmste ist: Die Modeindustrie und die vielfach mit ihr Hand in Hand arbeitende Presse spekuliert mit raffiniert aufgemachten Vorführungen und Aus-stellungen, mit verlockend dargestellten Mode-bildern geradezu auf die Unmündigkeit der Frau, auf ihren Mangel an Verstandnis für die Anforderungen einer gesunden Volkswirtschaft.

Deutsche Frauen! Strebt nach einer höheren Kultur und laßt diese nicht in slavischer Befol-gung der neuesten Mode. Legt Wert auf gute Stoffe, guten Schnitt und Materialdrehtheit und weidet falschen Schein. Verschwendet euer Geld nicht an Waren, die als Modeerzeugnisse im Preise unmäßig gesteigert sind, deren Dauer-wert oft ganz gering ist. Kleidet euch einfach! Untersteht die deutsche Bekleidungsindustrie, die jenen Schäden unmittelbar entgegenarbeitet. Stellt eure Lebensführung auf eine gesunde Grundlage. Zeigt, daß ihr den Ernst der Zeit versteht, damit der wirtschaftliche Aufschwung Deutschlands nicht noch weiterhin in falsche Bahnen gelenkt wird!

Leute, die man gern einlädt. Gegen viele Menschen fühlt man die Verpflichtung, sie ein-zuladen. Man weiß genau, daß man sich mit ihnen nicht unterhalten wird, man kennt sie als anspruchsvolle, ewig nörrige Leute, und doch kann man nicht anders, man fühlt sich ihnen gegenüber verpflichtet. Ebenso unglücklich aber wie die Gastgeber sind, die Menschen einladen wissen, sind diejenigen, die sich eingeladen sehen, trotzdem sie davon überzeugt sind, weder gute Unterhalter, noch angenehme Gesellschafter zu sein. Ein amerikanischer Schriftsteller fragt, wo denn das Mittel verborgen liegt, das einige Menschen zu guten wiederum zu schlechten Ge-sellschaftern macht. Er gibt die Antwort dar-auf, und sagt, die Kunst, ein guter Gesellschafter zu sein, liegt im Zuhören. Man hat gewiß allenthalben die Beobachtung gemacht, daß die Menschen, die besonders viel zu erzählen haben, durchaus nicht den Anspruch auf das Prädikat eines guten Gesellschafters haben. Es kommt weit mehr darauf an, zu wissen, was man den Menschen, in deren Gesellschaft man sich befin-det, mitzuteilen hat. Und noch mehr spielt die Kunst des verständnisvollen Zuhörens eine Rolle. Die Erfahrungen haben gelehrt, daß die Menschen meistens dann behaupten, sich gut unterhalten zu haben, wenn sie selbst viel er-zählen und bei ihren Erzählungen einen auf-merksamen Zuhörer fanden. In Amerika hat es sich unter den jungen Leuten, die gern Sälen des Salons sein wollen, geradezu zum Sport ver-dichtet, aufmerksam und verständnisvoll zuzu-hören, hin und wieder eine Frage einzurufen, die beweist, daß man dem Gang der Handlung folge und sonst nur mit dem Kopfe zu nicken, oder ein verständnisvolles „Ja“ herauszusprechen. Der amerikanische Schriftsteller meint, daß man ein guter Gesellschafter ist, wenn man zwei Regeln beobachtet. Man schaut sich die Dame, deren Tischherr man während eines Abends ist, genau an. Hat sie ein lebhaftes Mienenspiel, geben ihre Augen muthig hin und her und merkt man ihr die Lust an, sich zu unterhalten, dann veranlasse man sie durch ein geschicktes Fragen zum Sprechen, und spiele im übrigen

den Zuhörer. Schaut eine Dame gelangweilt drein, ist ihr Gesicht und ihr Ausdruck ruhig, dann versuche man, von ihr einige Erklärungen dafür, weshalb sie so still und so schweigsam ist. Man forsche aus, man ergründe auch ihre Ge-danken und lasse sie dann selbst erzählen, während man sich als schweigsamer Zuhörer verhält. In jedem Fall wird nur die Dame be-haupten, daß sie sich vorzüglich mit ihrem Tisch-herren zu unterhalten wüßte, während sie in Wirk-lichkeit doch nur sehr wenig gesprochen hat. Nichts lieben die Damen so wenig, als wenn ein anderer in ihrem Wesen das Wort führt, und sie selbst nicht zum Sprechen kommen läßt. Diese Menschen, selbst wenn sie noch so interessante und wichtige Dinge zu erzählen wissen, gelten als schlechte Gesellschafter.

Frauenbewegung und Beruf.

— Ist der Nahrungsmittelchemikerberuf als Frauenberuf zu empfehlen? Bervollständigt über diese für viele außer sich einem Beruf zu-wendenden Mädchen wichtige Frage gibt Dr. Spick in Nr. 14 des Dabein. Der sachsun-dige Verfasser schreibt: Da der Nahrungsmittel-chemikerberuf viele Frauen, die nach wirtschaft-licher Selbständigkeit streben, reizen dürfte, so sei auf die außerordentlich ungünstigen Besol-dungs- und Anstellungsbedingungen hingewiesen, die heute diesen Beruf in einem der wenigst aus-sichtsreichen machen.

Die wenigsten Nahrungsmittelchemiker sind sel-bst und pensionsberechtigt angestellt. Mit Ausnahme von Bayern sind die Besoldungen der nichtleitenden Nahrungsmittelchemiker trotz ihrer anstren-genden und verantwortungsvollen Tätigkeit im allgemeinen ungenügend. Sie erreichen dieselbe kaum die Höhe von Subalternbeamtengehältern. Bei Antritt neuer Stellen werden vielfach die früheren Dienstjahre nicht angerechnet. Woh-nungsgeldzuschüsse, Urlaubsgelder werden selten gewährt. Die Unfallversicherungen sind, wo sie bestehen, meist zu niedrig bemessen. An vielen Universitäten liegen die Verhältnisse so, daß bei dauerhafter Krankheit oder Arbeitsunfähigkeit der Verlust der Stelle und vollkommene Mittellosig-keit eintreten kann. In all diesem können noch oft die Entbehrung eines genügenden Urlaub zur Erholung, zu lange tägliche Arbeitszeit sowie nicht selten zahlreiche Ueberstunden, für die nichts gezahlt wird.

Erstrebt wird von den Nahrungsmittelchemi-keren eine Ueberlöhnerstellung. Im Interesse der Frauen liegt es, daß Nahrungsmittelchemikerinnen an Gehalt und Anstellungsbedingungen die-selben Anforderungen stellen wie ihre männlichen Kollegen, da sie sonst in untergeordnete Stellen geraten könnten.

Stellen, wie sie in letzter Zeit ausgeschrieben werden, mit einem Gehalt von 125—150 Mark monatlich, werden von Nahrungsmittelchemikern nicht mehr angenommen. Sie sind auch nicht für viele ausgeschrieben. Es sei besonders noch dar-auf hingewiesen, daß bei Stellen an Unter-richtungsämtern für die nicht ausdrücklich Nah-rungsmittelchemiker gemindert werden, es ist meist nur um eine analytische Tätigkeit von oft sehr einseitiger und untergeordneter Art handelt. Die Aufgabe eines Nahrungsmittelchemikers ist aber neben der analytischen auch die des Con-trollers und des gerichtlichen Sachverständigen.

Meisterinnen und weibliche Zwangsinnungsvorstände. Am 1. Oktober ds. Js. läuft bekanntlich die Zeit ab, die zu der die Meisterprüfung ohne vorhergehende Gesellenprüfung im Damenhandwebereibei-standen kann. Nach diesem Termin müssen alle, die eine Meisterprüfung ablegen wollen, eine dreijährige Lehrzeit mit nachfolgender Gesellen-prüfung, sowie ferner noch eine dreijährige Tä-tigkeit als Gehilfe nachweisen können.

Es sei im Anschluß hieran bemerkt, daß die Gewerbetreibenden in R i t t a u sich vor kurzen mit der allgemein interessierenden Frage auf Errich-tung einer Zwangsinnung für das Damenhand-weberhandwerk in Bezug der Amtshauptmannschaft Vauken befahte. Nach dem Gesetze dürfen be-kanntlich Zwangsinnungsvorstände nur aus Männern gebildet werden, da für die Wählbarkeit in den Zwangsinnungsvorständen die Bedingungen maßgebend sind wie zur Wählbarkeit als Schöffe. Es ist aber schon vorgekommen, daß die Behör-den die gesetzlichen Bestimmungen für die Wähl-barkeit zum Schöffennamte so ausgelegt haben, daß auch weibliche Personen gewählt werden konnten. Deshalb hat die Ritterau Gewerbetreib-ender der Amtshauptmannschaft zur Erwägung anbehalten, ob sie sich dieser Auslegung an-schließen will. Vielleicht ist auch alsbald eine Änderung der gesetzlichen Bestimmungen zu erwarten, so daß auch weibliche Personen in die Zwangsinnungsvorstände gewählt werden können, was sicherlich nur recht und billig wäre. P. S.

Freitag von 10—11 Uhr und Montag von 3—4 Uhr Audienzstelle für höhere Frauen-berufe: Prinz-Bismarckstraße 6, 2. Stad.

Verantwortlicher Redakteur: Julius Witt,

